1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 29/30 vom 3. August 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM



## Urlaubs-Nachlese

*So manches ist in den paar Wochen denn doch passiert, in denen der RM nicht erschien. Der Leser wird dies auch an dieser Ausgabe unschwer erkennen, die manch eine „Aufarbeitung" enthält.*

*Derwall ist zurückgetreten, Kohl nicht. Zwar ganz gut, aber andersrum wäre wesentlich besser gewesen. Der Streik ist endgültig zu Ende und als zurückkehrender Urlauber nimmt man wahr, daß eine neue Person den bundesdeutschen Gewerkschaftshimmel betreten hat, der Dr. Steinkühler.*

*International gibt es einen Streit um die Westpolitik der DDR und in Frankreich eine neue Regierung, die nichts Neues zu bieten hat. Alles das findet man auch im RM wieder, viel anderes dazu, wie zum 20. Juli 44, zum 5. Jahrestag der Revolution in Nicaragua bis zum Ponchoverbot in Peru.*

*Es gab aber auch die vielen Ereignisse, die noch am Laufen sind, wie das Lehrstück zum Thema „Parlamentarismus", das uns diese Regierung gibt.*

*Heiß war dieser bundesdeutsche Sommer bisher gewiß nicht, aber manche bemühten sich nach Kräften ihn heiß zu machen. Da meldet der „Stern", daß in einer bayerischen Druckerei drei Deutsche einen türkischen Kollegen „nur zum Spaß" eben mal ein bißchen aufgehängt haben — weiter ist bisher nichts. Ach ja — der Betriebsrat meinte auch, daß es nur Spaß war. Weniger spaßig war dann schon eine erneute Brandstiftung gegen ein von Türken bewohntes Haus. Nazibanden und Naziideologie kennen eben keinen Urlaub.*

*Ansonsten gebärdet sich vor allem die Polizei entschieden antieuropäisch, denn wenn schon „freier Grenzverkehr", dann wollen sie wenigstens ihre Zuständigkeit auch im Ausland haben. Und natürlich den neuen Personalausweis, selbstverständlich neue Bewaffnung, und endlich den langersehnten Undercoveragenten und dann noch dies und das ...*

*Und Olympia hat angefangen. Ganz schön nationalistisch, diese Amis, was? Könnte uns nie passieren. Nur, daß der Gross nicht fürs „Fatterland" schwimmt, dämpft bei manchen die Begeisterung ...*

Eiertanz um Buschhaus:

# Wen kümmert schon das Parlament?

**Eine Lehrstunde in „Parlamentarischer Demokratie" das ist es, was in den vergangenen Tagen in Bonn bei der Debatte um das Kraftwerk Buschhaus gegeben wurde. Ein nahezu einstimmiger Beschluß des Bundestags, dieses Kraftwerk dürfe nur mit einer Entschwefelungsanlage gebaut werden. Und wer sich keinen Deut drum kümmert, das ist — die Regierung.**

Nun hat man also einen Kompromiß gefunden, nach längerem Hin und Her und die FDP wird versuchen, sich jetzt auch als Umweltschutzpartei zu verkaufen. Daß dabei mit Tricks und Lügen gearbeitet wird — wen kann das noch überraschen? (Siehe zu den Fakten auch Artikel auf Seite 2).

Bleibt die Frage: Warum? Warum machen die das? Schließlich haben ja FDP und CDU/CSU-Abgeordnete der Bundestagsentschließung, die nun von der Regierung, die eben diese Parteien bilden gekippt wurde, zugestimmt.

Ohne Zweifel, das zeigt der jüngste Europa-Wahlkampf, das zeigen viele angebliche Initiativen Zimmermanns, zeigen Äußerungen von Strauß und Kohl bis hin zur Aufnahme des Umweltschutzes in die bayerische Verfassung, gehört die Losung „Umweltschutz" heute auch zum Mobilisierungsarsenal der Konservativen.

Wenn man die Frage nur klassenneutral genug stellt, die Verantwortlichkeiten verschleiert, den Weg zur Finanzierung über die Kassen der Konzerne verschweigt, dann kann auch die Losung der Erhaltung der Natur, gerade heute, da es offensichtlich ein akutes Problem geworden ist, im konservativen ideologischen Bild einen wichtigen Platz finden. Und irgendetwas Positives muß diese Union ja auch über leere wirtschaftliche Versprechungen hinaus anzubieten haben — davon ist dies heute eines. Das Problem, das CDU und CSU dabei haben, ist daß diese Losung immer wieder konkret mit großkapitalistischen Interessen zusammenstößt, daß sie da eine Entscheidung treffen müssen und diese bisher stets zugunsten der Profitinteressen ihrer Hintermänner getroffen haben, so auch jetzt.

In ähnliche Schwierigkeiten mit eigenen Anhängern waren sie ja schon vor kurzem geraten als sie ihren Spendenbetrügern einen Persilschein ausstellen wollten. Auch hier war die eigene Losung der „sauberen Regierung" durch das eigene Tun mehr als nur mächtig angekratzt worden.

Diese Vorgänge, erst recht die Ereignisse mit der Parteinahme im Streik und einst auch schon die Entwicklung bei der Auseinandersetzung um die sogenannte Volksbefragung sind es, zusammen mit der Schwäche der FDP, die die Unionsparteien bisher wesentlich daran gehindert haben, eine einheitliche reaktionäre Front so aufzubauen und zu festigen, wie sie sich das wohl selbst vorgestellt hatten, als sie die Losung der „Wende" ausgaben. Die Rolle, die die relativ starke Gegenwehr dabei gespielt hat, soll hier einmal außen vor gelassen werden.

So jedenfalls, und die Unmutsäußerungen darüber im Unternehmerlager wachsen an, sehen bestimmte Umstände aus, die mit dazu beitragen, daß diese ganze Wende bisher nicht so gelaufen ist, wie sich das in den Unternehmerträumen dargestellt hat.

# Solidarität mit den britischen Bergarbeitern!

**Joe Holmes, Präsident der britischen Bergarbeitergewerkschaft von Kent (NUM) reist im Moment durch Deutschland, um über den nun 16 Wochen andauernden Streik der britischen Bergarbeiter zu informieren und finanzielle Unterstützung zu erhalten. In unseren Medien wird dieser für die gesamte europäische Arbeiterbewegung zentrale Streik weitgehend totgeschwiegen.**

**Englische Arbeiter erhalten kein Streikgeld! Sie müssen entweder von der Sozialhilfe leben oder bekommen einfach gar nichts. So müssen sie versuchen, mit Spenden über die Runden zu kommen, um ihre Familien ernähren zu können. Deswegen rufen wir Euch auf: Seid solidarisch mit den britischen Bergarbeitern! Führt Sammlungen durch und schickt das Geld möglichst schnell an die angegebene Adresse. Die Bergarbeiter rechnen damit, daß sie noch drei Monate durchhalten müssen, um diesen Kampf erfolgreich führen zu können. Und ob das gelingt, hängt auch von Euch ab!**

## „Sie sollten Gras essen!"

so die Vertreter der Staatlichen Kohlenbehörde McGregor über die britischen Bergarbeiter.

Und bald ist es so weit. Die britischen Bergarbeiter streiken seit vier Monaten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Sie antworten damit auf die Rationalisierungsmaßnahmen der Thatcher-Regierung, die für dieses Jahr 20 Zechenstillegungen plant. An diesen 20 Zechen hängen unmittelbar 20000 Arbeitsplätze, weitere 35000 Arbeitsplätze sind für die kommenden zwei Jahre im Bergbau auf der Abstrichliste. Vergegenwärtigt man sich die Zahl von über 4 Millionen Arbeitslosen in Großbritannien und die Tatsache, daß die Bergbaugebiete überproportional hohe Arbeitslosenquoten haben, so wird klar, weshalb die britischen Bergarbeiter nicht nachgeben können.

Ganz anders jedoch sieht das

Fortsetzung auf Seite 6

**Spenden**

**(als Scheck oder Postanweisung)**
**an**
**National Union of Mineworkers (Kent Area)**
**Miners Office account 30131703**
**Waterside House**
**Cherry Tree Avenue**
**Dover CT 16 2 NJ, England**
**oder an Verlag RM**
**Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321000290,**
**(BLZ 44050199) Stichwort „Bergarbeiter"**

Korrespondenz aus Duisburg

# BR-Wahl bei Mannesmann

## Erfolge für „Konsequente Gewerkschafter"

**Am 24./25. Juli fand die zu wiederholende Betriebsratswahl auf den Mannesmann Röhrenwerken/Betriebsabteilung Hüttenwerke in Duisburg statt. Das Ergebnis war ein guter Erfolg für die Kollegen „Konsequente Gewerkschafter", die die letzte BR-Wahl angefochten hatten. Mit knapp 25 Prozent Stimmenanteil konnten sie im Arbeiterbereich fünf der 23 BR-Sitze und im Angestelltenbereich einen der sechs Sitze für sich erringen. Bei der angefochtenen Wahl war keiner der Kollegen in den Betriebsrat gekommen.**

Der jetzige Erfolg kam zustande in einer äußerst harten Auseinandersetzung mit der Gruppe um den Betriebsratsvorsitzenden K. H. Stommel, die bei der letzten Wahl sämtliche Betriebsräte gestellt hatte, bis auf drei CDA-ler, die allerdings sehr stark in diese Gruppe integriert sind. Nach der erfolgreichen Anfechtung der letzten Wahl hatten die Konsequenten Gewerkschafter einige Forderungen an diese Gruppe gestellt, um diesmal wirklich saubere und chancengleiche Wahlen zu garantieren. Dazu gehörte vor allem die Besetzung des Wahlvorstands mit Kollegen aus den verschiedenen auf dem Werk vertretenen Gruppierungen. Bisher war der Wahlvorstand immer einseitig nur mit Stommel-Leuten besetzt worden — eine wichtige Voraussetzung für die Manipulation von Wahlen, wie es auch in der erfolgreichen Anfechtung deutlich geworden war.

Fortsetzung auf Seite 6

Bad Hersfelder BGS erneut aktiv

# Innenministerium: Wiking-Jugend in Ordnung

**Keine Bedenken hat das Bundesinnenministerium gegen die „politische Unterrichtung" eines Trupps der rechtsradikalen Wiking-Jugend durch den Bundesgrenzschutz in Bad Hersfeld. Was bei diesem Ministerium nun wahrlich nicht überrascht. Nur, daß die Öffentlichkeit wieder einmal auf die doofe Tour für dumm verkauft werden soll, fällt auf. Man habe die Wiking-Jugend erst im Verlauf der Veranstaltung als solche erkannt — obwohl diese in Uniform in die Kaserne einmarschierten, nicht etwa hineinschlenderten.**



Das Innenministerium übernimmt damit den Originalton des Polizeidirektors Casel, des Chefs des Hersfelder BGS. Der schon jüngst unangenehm aufgefallen war durch die Tatsache, daß er während des Streiks um die 35-Stunden-Woche eine Bürgerkriegsübung gegen Streikende durchführen ließ.

Auch dieser feine Mensch sagt, er habe das alles erst im Laufe der Unterrichtung gemerkt. Falls man ihm das nicht glauben mag — und wer mag das schon — fügte er noch hinzu, daß ja die Wiking-Jugend außerdem keine verbotene Organisation sei (ob das eine von Casels stillen Freunden ist) und alles sowieso nur eine der üblichen Hetzkampagnen der Gewerkschaft. Die Hetze der Wiking-Jugend von wegen Arier und so, die gefällt so einem Casel halt schon viel besser.

Eine Unterrichtung über die Grenze zwischen BRD und DDR solle diese Jugendgruppe erhalten — allerdings ist gerade diese Organisation bekannt dafür, daß ein beträchtlicher Teil ihrer Tätigkeit in Provokationen an der Grenze besteht, die sie also bestens kennen muß. Da liegt es nahe, daß es sich um etwas anderes, um einen demonstrativen politischen Akt handelt.

So ist dieser Vorfall ein weiterer Mosaikstein in der Mauer die sich inzwischen schon ergeben hat, gebaut aus wachsender öffentlicher Zusammenarbeit zwischen Armee und Polizeistellen und faschistischen Gruppierungen. Organisiert von Offizieren, abgesegnet vom Ministerium.

## Erneuter Großkredit an die DDR

# Besondere Beziehungen bestehen

**Weit weniger überrascht war die Öffentlichkeit vom erneuten zweiten großen Kredit, der seit der letzten Bundestagswahl an die DDR gegeben wurde. Beim ersten, von Strauß vermittelten, waren die Wogen hoch gegangen, Proteste auf der Rechten, Erstaunen überall. Jetzt wird zwar auch gestritten, aber im wesentlichen nur darum, ob die mit dem Kredit eingekauften „Erleichterungen" denn auch ausreichend seien.**

Denn in der Zwischenzeit ist deutlich geworden, daß es in der Politik gegenüber der DDR nicht jenen Bruch gegeben hat, der erwartet worden war, als Strauß seine infame „Mordkampagne" an der DDR-Grenze startete. Der Kurs wirtschaftlicher Durchdringung und Einflußnahme wird fortgesetzt, das ist nun keine Überraschung mehr. Dem steht die stattgefundene Aufwertung der Revanchistenverbände, dem stehen die zahlreichen Ausfälle von CDU/CSU keineswegs entgegen, das geht zusammen, schafft Voraussetzungen für morgen und Manövrierraum für die Regierungsparteien.

Wobei es ja, und dies sollte hier noch einmal unterstrichen werden, ohnehin nur um eine taktische Wende gegangen wäre, denn die grundsätzliche Ausrichtung der DDR-Politik aller Bundesregierungen ist ja einheitlich, basiert auf dem revanchistischen Wiedervereinigungstraum. Zwei so große Kredite innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit aber zeigen sehr deutlich, daß die Politik wirtschaftlicher Einflußnahme, des Ausbaus finanzieller Abhängigkeiten eher noch verstärkt wird.

Eine Politik dieser Koalition, die sicher nicht nur auf ganz allgemeinen politischen Überlegungen aufgebaut ist, sondern auch auf der Erkenntnis, daß die Lage innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe günstige Bedingungen schafft, für den Erfolg einer solchen Politik. Denn Tatsache bleibt, daß die DDR beispielsweise ihren Produktivitätszuwachs, den sie so dringend braucht, nicht zuletzt durch den Kauf westlicher Technologie weiter zu sichern gezwungen ist, daß sie dafür westliche Devisen braucht, daß das den Einfluß von Mark und Dollar noch weiter erhöht.

Die Erfolgsmeldungen über die Entwicklung der angeblich sozialistischen DDR-Wirtschaft können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es gerade dieses Problem der Steigerung der Produktivität gibt, das nicht nur durch Verlängerung von Arbeitszeit und Beschleunigung der Antreibersysteme gelöst werden kann. Beides findet in der DDR statt, der Einkauf westlicher Technik auf Kreditbasis aber auch und dies verstärkt.

Daß die verschiedenen Zugeständnisse, „menschliche Erleichterungen" usw. nicht direkt im Zusammenhang mit diesem Kredit standen und stehen, das kann nur die hirnlose Dogmatik einer UZ behaupten, die es für einen souveränen Akt Honeckers hindrehen mag, wenn er — jedesmal — nachdem er einen Großkredit bekommt, solche Erleichterungen verkünden läßt. Und auch hier bleibt eines festzuhalten: Der sogenannte Zwangsumtausch war eine Maßnahme, die eingeführt wurde, nachdem die SED-Führung längst alle möglichen grundlegenden Zugeständnisse an den bundesdeutschen Revanchismus gemacht hatte, der Ersatz prinzipieller Politik durch kleinliche Schikanen und Krämerrechnungen mit D-Mark. Und wer einmal mit dem Schachern begonnen hat ...

Die zweite Unterscheidung zum letztjährigen Strauß-Kredit ist die konkrete Entwicklung der internationalen Lage, die seitdem stattgefunden hat. Schon damals war es aus verschiedenen Presseartikeln deutlich geworden, daß diese Geschäfte im RGW, vor allem in Moskau selbst, nicht gerne gesehen werden. Diesmal ist es noch viel deutlicher. Die Kampagnen in der sowjetischen Presse, in der Sache durchaus nicht unberechtigt, sofern man sich nicht fragt, warum gerade jetzt und nicht früher oder später, zielen auch und gerade auf die Verbindung DDR-BRD. „Keine besonderen Beziehungen" bestünden zwischen diesen beiden Staaten, so zitiert die „Prawda" genüßlich Erich Honecker persönlich und reibt es ihm unter die Nase — in einem Augenblick, da es offensichtlich ist, daß diese besonderen Beziehungen bestehen. Solche Beziehungen, so die „Prawda" weiter, könnten nur im Rahmen der internationalen Entwicklung stattfinden. Und stellt damit ganz nebenbei wiederum den Anspruch, über die DDR-Außenpolitik zu befinden und zu entscheiden.

Das Problem für die Führung der UdSSR wird es dabei zunehmend, daß nach und nach alle Mitgliedstaaten des RGW über solche besonderen Beziehungen zu westlich-imperialistischen Staaten verfügen, nicht zuletzt mit der BRD. Und in ganz besonderem Maße eben die DDR unter Honeckers politischer Führung.

## Hintergründe des Streits um Buschhaus

# Wie man ein Verwirrspiel organisiert . . .

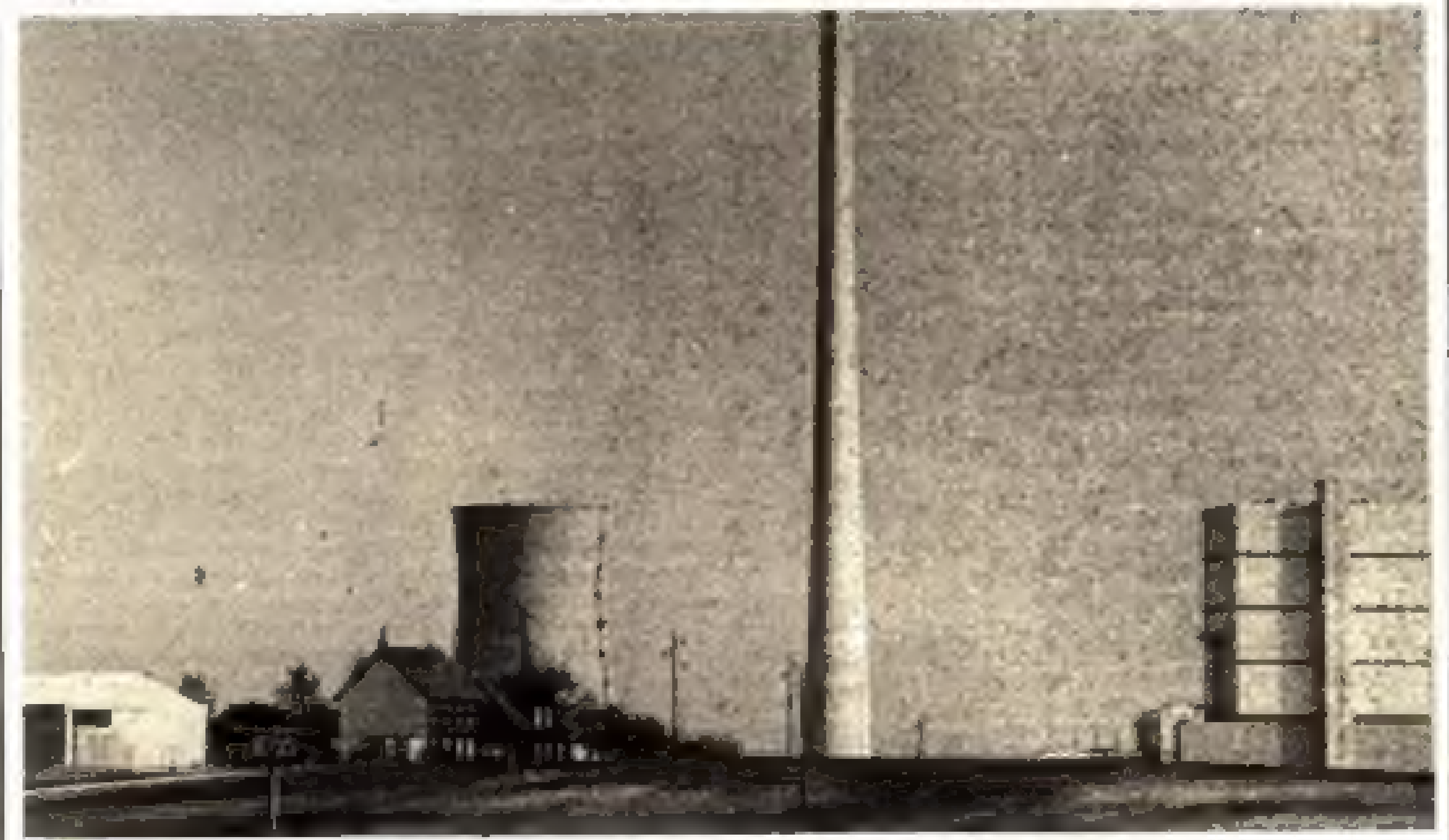
**Mit zwei Behauptungen arbeiten die Vertreter der Regierungskoalition vor allem, seit sie sich daran gemacht haben, entgegen der Bundestagsentschließung doch die Inbetriebnahme des Kraftwerks Buschhaus nahe des niedersächsischen Helmstedt zuzulassen — ohne Entschwefelungsanlage.**

Das erste ist, in verschiedenen Varianten, die Behauptung, das Kraftwerk sei gar nicht so schlimm, was seine Wirkung für die Umwelt betrifft. Außerdem wird hinzugefügt, in der Zusammenschau der „Blockregelung" mit dem Kraftwerk Offleben II werde die Inbetriebnahme von Buschhaus insgesamt dazu führen, daß die Umwelt weniger belastet wird. Das wird dann dadurch gekrönt, daß zum Schluß behauptet wird, zum Schutz der Umwelt müsse Buschhaus möglichst schnell und möglichst stark ans Netz gehen.

Tatsache ist, daß Buschhaus mit einem $SO_2$-Ausstoß von 16,2 Gramm je Kubikmeter Abluft tatsächlich die „Dreckschleuder der Nation" sein wird. Wenn angeführt wird, daß andere Kraftwerke viel mehr $SO_2$-Ausstoß hätten — was stimmt —, so liegt dies einfach daran, daß diese eine wesentlich größere Leistung haben als das relativ kleine Buschhaus.

Tatsache ist weiter, daß die großartigen Versprechungen, die in diesem Zusammenhang gemacht werden, Entschwefelungsanlagen schon 87, Stillegung von zwei Blöcken von Offleben II ohnehin nach der Großfeuerungsanlagenverordnung gesetzlich in den genannten Fristen (oder äußerst kurz danach als letzter Zeitpunkt) vorgeschrieben sind. Die Abschaltung von Offleben I war schon vor Jahren als Voraussetzung der Betriebsgenehmigung durch die Landesregierung verbindlich festgelegt worden — also durch die Bank keineswegs „Neuigkeiten", die da lautstark als Verbesserungen gepriesen werden. Der einsatz von Braunkohle wird zwar den Schwefelausstoß reduzieren — er wird dennoch um ein Vielfaches über der Obergrenze der Großfeuerungsanlagenverordnung bleiben.

Das zweite Argument stellt die rechtlichen Bedingungen in den Vordergrund, versucht sozusagen einen der berüchtigten



„Sachzwänge" zu konstruieren. Einmal sei letztlich ohnehin die Landesregierung Niedersachsen für die ganze Angelegenheit zuständig, zweitens sei man ja „im Wort", gebe es die Betriebserlaubnis, kämen Schadensersatzforderungen oder doch zumindest Zinszahlungen auf die Staatskassen zu und außerdem, zur Abrundung, gefährde der Bundestagsbeschluß Arbeitsplätze.

Insbesondere die letzte Behauptung ist natürlich auch für die reaktionäre Führung der IG Bergbau und Energie einmal mehr Anlaß, sich für die Interessen der Kraftwerksbetreiber und Kohlegesellschaften ins Zeug zu legen. Wobei der Abbau von Arbeitsplätzen erstens ohnehin im Gespräch ist, keinesfalls nur wegen Buschhaus sondern wegen der vorliegenden Rationalisierungspläne. Wobei zweitens — wieder mal — darauf hingewiesen werden muß, daß die Gefährdung von Arbeitsplätzen im gesamten Energiebereich in erster Linie durch die Energiepolitik der Kapitalisten zustande kommt, in zweiter Linie durch ihre Weigerung, die Kosten für die Sicherung der Umwelt zu tragen. Das Argument „zu teuer" widerlegt sich selbst. Auch wenn man Albrechts Behauptung von 200000 Mark täglichen Kosten akzeptieren würde, so wäre das in drei Jahren erst genau so viel, wie jetzt für die sogenannten „Verbesserungen" an die Kraftwerksbetreiber als Subvention gegeben wird. Wobei diese ganze Albrechtsche Rechnerei natürlich davon ausgeht, daß die Steuerkasse alle Kosten der BKB zu bezahlen habe. Und schließlich: Der angebliche Rechtsanspruch, den die BKB durch die Genehmigung von 1978 habe. Diese Genehmigung aber widersprach bereits damals den dort gültigen Werten und Bestimmungen der Verordnung von 1974. Danach hätte selbst damals eine Genehmigung nur erteilt werden dürfen, mit der Auflage, Steinkohle zu verfeuern.

Die Fakten liegen also auf dem Tisch, dies war eine äußerst knappe Zusammenfassung. Daraus sollte jedoch bereits zur Genüge hervorgehen, daß die ganzen Behauptungen, die da aufgestellt allesamt erlogen sind, nur dazu dienen sollen, in der Öffentlichkeit eine solche Verwirrung anzurichten, daß am Ende eine Genehmigung für ein nicht entschwefeltes Buschhaus herauskommt und möglichst in der Öffentlichkeit ein Eindruck einer um die Umwelt besorgten Bundes- und auch Landesregierung bestehen bleibt.

## Olympia

Also: Tarzan hat doch nicht das Feuer entzündet, und das Gerücht, für das Löschen der olympischen Flamme am Ende werde der berühmte Red Adair engagiert, ist wahrscheinlich auch nicht wahr. So war das Eröffnungsspektakel denn doch nur Marke Hollywood, nicht einmal Reagan rief seinen Sportschützen zu „Jeder Schuß ein Russ". Die Boykott-Revanche, die die sportlichen Ergebnisse weit mehr beeinträchtigen wird, als das erste Mal, bei der Carter-Schmidt-Runde, fiel beim Einmarsch nur durch den riesigen Sonderbeifall für die rumänischen Sportler auf. Ansonsten fielen nur noch die bundesdeutschen Vertreter auf. Bisher nicht die Sportler, noch nicht einmal die Funktionäre, sondern der Bonner Außenminister selbst wurde eingeschaltet: Weiter nach hinten wollen wir!

Ja, tatsächlich. Bescheidenheit kann's nicht sein, also was? Das Alphabet, das olympische. Wir guten Deutschen marschieren eben nicht unter „F" wie Federal Republic of Germany (zu deutsch: BRD) ein, sondern unter „G" wie Germany (Deutschland?). Das ganze soll es sein, meinte der Herr Genscher und sorgte dafür, daß die Athleten erst an 45. statt an 40. Stelle einliefen. Wenn jetzt noch alle Computer, Anzeigentafeln, Pressetabellen, Fernseheinblendungen, Wortkommentare dementsprechend geprüft und geändert werden, dann dauerts noch ein bißchen, bis alles vorbei geht.

Und was wird, wenn sich nun die Sportler ein Beispiel nehmen, und auch alle fünf Plätze weiter hinten einlaufen, und Genscher schon den Segelflugwettbewerb privat boykottiert hat? Klar: Dann taucht „FRG" endgültig nicht mehr auf.

## Akteneinsicht

Viel Glück hat diese Regierung bisher nicht gehabt, wenn es nach Karlsruhe ging, vors Verfassungsgericht. Nach der Schlappe mit der Volksausforschung nun das Urteil, das dem Flick-Untersuchungsausschuß in der Organklage der Grünen die verwehrte Einsicht in die Flick-Akten zuspricht.

Die Sachlage war — wieder mal — sehr eindeutig. Da wollten diejenigen, die unter Umständen vor den Kadi kommen, die Spuren ihres Tuns nicht an die Öffentlichkeit kommen lassen. Selbst auf Kosten der öffentlichen Erkenntnis, daß hier ein sogenanntes parlamentarisches Organ lächerlich gemacht, bewußte Spurenverwischerei betrieben werden sollte. Gerade deshalb sind sie wohl auch erneut gescheitert, die Kohl und Co.

Immer dann, wenn es in den letzten Jahren darum ging, daß die Alternative stand, entweder Einzelne (oder auch: Viele) retten ihre Haut oder das Ansehen des Systems wird maßgeblich beeinträchtigt, dann fiel die Entscheidung gegen den konkret Betroffenen, so auch diesmal. Wobei natürlich trotzdem das Bild einer Regierung bleibt, die von einem Eiertanz zum nächsten übergeht, von Politikern, die diese ganzen Vergehen gerne begehen würden, so man sie ließe ...

## Iran-Reise

Genscher war also im Iran. Und natürlich sprach er — im Fernsehen zumindest — vor allem über den Krieg, die „Menschenrechte" und andere zugegebenermaßen schöne, wichtige und gerade auch im Iran nicht existierende Dinge.

Soweit, sogut. Nur seltsam, daß die eigentlichen Themen der Tage danach, auch im Blätterwald andere waren. So das AKW von Busher, das die ach so arme KWU nun endlich weiterbauen „darf". Und, wenig später, erneut die Debatte um die Lieferung chemischer Anlagen an den Irak, wo schon im Frühjahr energischst bestritten wurde, daß der Irak sein Giftgas in deutschen Apparaturen erzeugt.

Aber natürlich hat die Bundesrepublik, haben bundesdeutsche Kapitalisten und Politiker mit all dem nichts zu tun, so wie sie ja auch mit der Terrorherrschaft des sogenannten Schah nichts zu tun hatten, oder? Glänzende Geschäfte mit beiden Seiten, Polizeiausrüstung da, Giftgasanlagen dort, ein bißchen schüren hier und da, nein das darf doch nicht verboten sein.

Die Iran-Reise Genschers, eigentlich dazu geplant, neben der Wahrnehmung konkreter Geschäftsinteressen versteht sich, zu demonstrieren, wie sehr diese Bundesregierung sich um Demokratie, Frieden und normale Beziehungen kümmert (bei anderen), wird, bei genauer Betrachtung, gerade das Gegenteil. Eine Reise, deren Ergebnisse — auch wenn sicherlich längst noch nicht alles bekannt ist — zeigen, wie hier in Kriegsgebieten, am Krieg, mit Diktaturen aller Art gute Geschäfte gemacht werden und mehr als das. Auch mit vorher noch so sehr beschimpften „Partnern" so sie nur bereit sind, solche Geschäfte auch zu machen.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

# Wie ich als ehemaliger Widerstandskämpfer den 20. Juli 1944 sehe

Zum 40. Jahrestag des mißglückten Attentats auf Hitler am 20. Juli 44 müssen wir feststellen, daß ein beträchtliches Spektakel von den unterschiedlichsten Kräften in der BRD und der DDR unternommen wurde. Daraus kann man erkennen, daß tatsächlich unterschiedliche Kräfte — mit einem gewissen Recht — sich auf den 20. Juli 1944, dem „Aufstand des Gewissens", heute berufen.

Für viele Menschen ist das nicht leicht zu verstehen. Deshalb sollten wir schon genau hinsehen und unterscheiden zwischen den verschiedenen Gruppierungen. Wir sollten die Frage stellen, warum gerade jetzt dieser so fragwürdige Widerstand so laut gefeiert wurde. Während der schon 1933 einsetzende — Zehntausende von Opfern fordernde und grundsätzlich gegen den Faschismus, den Terror und den Krieg gerichtete Widerstand aus der Arbeiterklasse verschwiegen, diffamiert oder sogar kriminalisiert wird!

Unterschiede konnte man merken in der Rede des Hamburger Bürgermeisters von Dohnanyi, der noch Worte des Gedenkens fand für die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter, die im Widerstand ihr Leben ließen. Während der derzeitige Bundeskanzler Kohl kein Wort für diese Gruppe über seine Lippen brachte. Es ist auch gut so, es hätte zu verlogen geklungen.

Während die Verschwörer am 20. Juli 1944 zum Attentat schritten, das dann auch noch mißlang — es bliebe zu untersuchen, ob zu dilettantisch oder falsch vorbereitet — hatte ich schon mehrere Jahre im Konzentrationslager Sachsenhausen hinter mir und bereitete mich gerade vor zu desertieren und wenn möglich mit der Waffe gegen den Hitlerfaschismus zu kämpfen. Herr Prof. Kemmler schrieb in einem Brief an mich: „... Es war der ‚gemeine Mann', der früher und besser als die Offiziere gesehen hat, daß Unrecht geschah und daß der Karren in den Dreck gefahren wurde. Und Achtung gebührt denen, die aus ihrer Einsicht damals mutige Konsequenzen gezogen haben ..."

Das Attentat am 20. Juli 1944 war der Versuch des Großbürgertums, des Adels, des mit alten preußischen Traditionen behafteten Militärs, ihre Macht vor dem gefürchteten Untergang zu retten. Daß es bei den Beteiligten Unterschiede in der Bewertung der Lage und der Ziele gab, zeigt die Geschichte deutlich.

Verkennen dürfen wir aber nicht, daß die Leitung und Führung dieses Aufstandes in den Händen reaktionärer Kräfte wie Beck und Goerdeler lag — während die Arbeiterparteien und die antifaschistischen fortschrittlichen Kräfte den Kampf gegen den Faschismus schon vor 1933 aufnahmen. Es waren doch die Mitglieder der Arbeiterparteien, besonders die Kommunisten, die dem Terror der SA-Horden in den Arbeitervierteln der Städte, wo die Mordgesellen der Nazis wie im Blutrausch wüteten, zum Opfer fielen. Dies wurde von den bürgerlichen Kreisen als „Ausrottung des Kommunismus" und als „nationale Wiedergeburt" mit unbeschreiblichem Jubel begrüßt.

Es standen sich zwei unversöhnliche Klassen gegenüber. Während Tausende von Funktionären und Mitglieder sowie Sympathisanten der Kommunistischen, der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften verhaftet, gefoltert und ermordet wurden, während Tausende von Pazifisten und demokratisch gesinnten Menschen, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler nicht mehr arbeiten konnten, verfolgt wurden und viele das Nazideutschland verlassen mußten — und sich die Konzentrationslager mit Antifaschisten füllten —, saßen die Herren der Industrie und der Banken zusammen mit den Führern der Nazifaschisten an den Schalthebeln der Macht. Da arbeiteten Offiziere und Generale der Reichswehr mit den Führern der Nazis die Pläne für Aufrüstung und den Krieg nach dem Osten aus. Da führten Beamte in den Ministerien (nun von Juden gereinigt) die Befehle der Nazis aus und dienten treu den Faschisten. Richter und Staatsanwälte versuchten mit juristischen Mitteln die Verbrechen der Nazifaschisten zu begründen und ihre Rechtmäßigkeit zu beweisen. Ein Recht, von dem der CDU-Mann Filbinger heute noch meint: „Was Recht war, muß Recht bleiben"!

Keiner dieser Verbrecher wurde nach dem Krieg zur Rechenschaft gezogen. Warum eigentlich nicht?

Für Hitler und die Nazifaschisten war die Ausrottung des Marxismus, des Kommunismus, im Nazisprachgebrauch der „jüdisch-bolschewistischen Untermenschen" eine Lebensaufgabe. Das entsprach auch den Interessen der deutschen Industriekreise und des Bürgertums. Auch die Anhänger des konservativen preußischen Militarismus begeisterten sich an den Hitlerplänen und machten getreu ihrem Eide auf den Führer jede Schandtat mit, solange es nach vorne ging und sie am Kuchen beteiligt waren. Daß der eine oder andere nicht immer mit den Methoden der Nazis einverstanden war, steht auf einem anderen Blatt. Man ballte lieber die Faust in der Tasche und sah weg. Zum Widerstand konnte man sich in diesen Kreisen kaum entschließen.

## Die Beck-Goerdeler-Gruppe

Sehen wir uns doch die zwei Hauptvertreter dieses sogenannten Widerstandes einmal an.

1. Beck entstammte einer Industriellenfamilie, seit 1912 im großen Generalstab. In der Weimarer Republik hatte er an der illegalen Aufrüstung der Reichswehr aktiven Anteil. Im Oktober 1933 wurde er Chef des Truppenamtes und war maßgeblich beteiligt an der Ausarbeitung der Aufrüstung und Aggressionspläne der faschistischen Wehrmacht. 1938 kam es zum Konflikt, als die Eroberung der Tschechoslowakei vorbereitet wurde. Nicht etwa, weil er dagegen war — er warnte vor einem Zweifronten-Krieg.

2. Goerdeler war in den Jahren 1914 bis 1919 in der deutschen Militärverwaltung der besetzten Gebiete in Rußland. Trat der Deutschnationalen Volkspartei bei und wurde 1930 Oberbürgermeister von Leipzig. Hindenburg ernannte ihn 1931 zum Reichspreiskommissar. Er setzte sich schon früh für eine Zusammenarbeit mit der NSDAP ein. In der Nazizeit hatte er verschiedene Funktionen, z.B. 1934 von Hitler selbst wieder zum Reichspreiskommissar ernannt. Mehrere Aufsichtsratsposten in verschiedenen AGs. Enge Verbindung zur Reichsgruppe Industrie. Finanzberater bei Bosch AG. Er war ein Vertreter der deutschen Industrie, der mit den Westmächten einen separaten Frieden schließen wollte, um dann gemeinsam gegen den Osten, gegen die SU zu marschieren.

Diese Leute leisteten keinen Widerstand gegen den Faschismus und den Krieg, sondern sie leisteten Widerstand gegen Hitler, weil sie ihre Interessen nicht mehr vertreten sahen und selbst den Kopf aus der Schlinge ziehen wollten. Sie wollten die Hitler-Regierung stürzen und ein militärisches Regime einsetzen. Die Beck-Goerdeler-Gruppe wollte wohl die in die Katastrophe führende Nazi-Regierung stürzen, aber sie durch eine Militärdiktatur ersetzen. Ihre große Sorge war, daß die antifaschistischen Kräfte der Arbeiterbewegung beim Umsturz die Macht ergreifen könnten und dann nicht mehr auszuschalten seien. Sie hatten einfach Angst vor einer Revolution, in der die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hätte.

Die Gruppe der jüngeren Offiziere um Staufenberg, die Kontakte zu den Gewerkschaften, zu Sozialdemokraten, selbst Kommunisten wie Anton Saefkow suchten und auch vom Kreisauer Kreis Unterstützung fanden, wurden von der Gruppe Beck-Goerdeler als „Querköpfe" bezeichnet und nicht für voll genommen. Die moralische und charakterliche Seite von Goerdeler wird nach dem Todesurteil klar sichtbar, wo er aus dem Gefängnis heraus der Hitler-Regierung in Denkschriften über die Bewegung des 20. Juli wertvolle Informationen lieferte, seine Mitarbeit anbot und beteuerte: „Jeder Deutsche in der Reihe der Umsturzbewegung ist nun verpflichtet, hinter den von Gott geretteten Führer zu treten." Einige vor dem Volksgerichtshof angeklagten Widerständler wollten durch den „Heil-Hitler"-Gruß bei Freißler Sympathie erlangen. Oder der General Adolf Heusinger, der spätere Generalinspekteur der Bundeswehr, der in der Haft eine Denkschrift zur Lage verfaßte, für die sich Hitler persönlich bei ihm bedankte. Das kann man alles nachlesen bei K. Finker, Staufenberg und der 20. Juli 1944, Köln 77. Ich muß fragen: Ist so ein Verhalten von verhafteten Arbeiterfunktionären bekannt?

An diesem sogenannten Widerstand nahmen aber auch noch Personen teil, die den Hitlerfaschismus aktiv bei der Verfolgung seiner Gegner unterstützten. Wie z.B. Graf Helldorf, unter Hitler Polizeipräsident in Berlin. Er hat sich durch Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden besonders verdient gemacht. Oder Arthur Nebe vom Reichssicherheitshauptamt hatte als Chef der Einsatzgruppe B in Polen Judenerschießungen organisiert. Und Admiral Canaris, Generaloberst Erich Hoepner und — und — und. Alle diese Figuren hatten aktiven Anteil an den Naziverbrechen. Der angebliche Aufstand des Gewissens war ein (zum Teil) Aufstand der Gewissenlosen.



Olympia 1936 — aus der Sicht John Heartfields

Bis wenige Tage vor Kriegsende wurden von der „Sonderkommission 20. Juli" an die 6000 Menschen nach bestialischer Folter liquidiert. Der sogenannte Volksgerichtshof verfuhr mit den Verschwörern nach Hitlers Anweisung: „Ich will, daß sie erhängt werden, aufgehängt wie Schlachtvieh."

Wir sollten uns an dieser Stelle erinnern, daß es die Kommunisten waren, die schon vor 1933 laut ihre Stimme erhoben und vor Hitler warnten. Hitler bedeutet Krieg. Viele verdrängen die Wahrheit und wollen selbst heute noch nicht begreifen, daß der Faschismus an der Macht die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ist.

Es ist richtig, wenn der Friedensforscher Wolf Graf von Baudissin in der „Frankfurter Rundschau" meint: „... ein zweiter Hitler steht wohl nicht vor der Tür." Aber es ist falsch zu glauben, daß ein Faschismus, weil es zur Zeit keinen Hitler gibt, auch nicht kommen kann. Die Gewalt des Finanzkapitals wird sich immer gegen die Arbeiterklasse richten und es wird, wenn es seinen Zielen nicht näher kommt, auch wieder sich eines Faschismus bedienen. Wie er aussehen wird, wissen wir heute nicht. Aber er wird noch brutaler, noch grausamer, noch mörderischer sein als der letzte, der Millionen Menschen das Leben gekostet hat.

Auch das Leben der 6000 Männer und Frauen vom 20. Juli 1944 —. Sie sind Opfer des Faschismus, aber den Ruf, Widerstandskämpfer gegen Faschismus zu sein, wie es gewisse Kreise in der BRD gerne hätten, haben sie zu Unrecht. Wie der Staat und die Gesellschaftsordnung ausgesehen hätte, die von diesen Kräften des 20. Juli gestaltet worden wäre, vorausgesetzt, es hätte geklappt, ist leicht erkennbar. Erkennbar ist auch, warum die Wendepolitiker in Bonn, die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik diese „Männer des 20. Juli 1944" als Vorbilder für unseren freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat hinzustellen versuchen.

Der deutsche Hitlerfaschismus hätte nie diesen, für das deutsche Volk und für Europa so verhängnisvollen Weg nehmen können, wenn nicht ein Großteil des deutschen Volkes diesen Weg durch Gleichgültigkeit unterstützt und mitgemacht hätte. Es ist für viele ein bequemer Weg, heute zu sagen, sie waren dagegen. Aber was haben sie getan? Bis zum bitteren Ende mitgemacht. Was hätte man auch tun sollen? Es war ja so gefährlich. Im Nachhinein zu sagen: Man war schon immer dagegen, klingt in meinen Ohren abgeschmackt und fad.

Den antifaschistischen Widerstand wird nur begreifen, der erkannt hat, daß die Geschichte der Menschheit die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Auch heute noch.

**Harry Dubinsky**
**24.7.84**

## Zur tarifpolitischen Kritik der Abschlüsse in der Metall-, Druck- und Stahlindustrie

# Was hat 's gebracht?

**Die Frage „Was hat 's gebracht?" stellt sich nach jedem Arbeitskampf. Erst recht, wenn er so lange dauerte, so hart geführt wurde, den streikenden, ausgesperrten und kalt ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen so viele Opfer abverlangt hat wie der Streikkampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in der Metall- und Druckindustrie.**

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurde nicht durchgesetzt. Aber als Erfolg des Kampfes steht, daß die 40-Stunden-Woche aus den Tarifverträgen in der Metall-, Stahl- und Druckindustrie verschwunden ist. Erkämpft und tariflich verankert wurde die 38,5-Stunden-Woche als durchschnittliche betriebliche Wochenarbeitszeit (bei Stahl durch Anrechnung von im Stahlarbeiterstreik 78/79 erkämpften Freischichten die 38-Stunden-Woche). Daß dies zunächst einmal ein bedeutender Wendepunkt in der tarifpolitischen Entwicklung ist, steht außer Frage. Daß das Unternehmertabu der 40-Stunden-Woche durchbrochen werden konnte, ist ein wichtiger Erfolg.

Entsprechend den gewerkschaftlichen Zielsetzungen, die mit dem Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich verbunden waren und sind, muß an die erzielten Abschlüsse folgende Meßlatte angelegt werden: führt die erkämpfte Arbeitszeitverkürzung zu Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze, wirkt die erkämpfte Arbeitszeitverkürzung dem schnelleren Verschleiß der Arbeitskraft infolge von Leistungsverdichtung und steigender Arbeitshetze entgegen, realisieren die Abschlüsse die Forderung nach dem vollen Lohnausgleich?

## Arbeitsplätze sichern, Arbeitsplätze schaffen?

Eine Arbeitszeitverkürzung von 1,5 Stunden pro Woche hat Auswirkungen auf die Arbeitsplätze. Auch wenn sie nur einen Trippelschritt von der bisherigen 40-Stunden-Woche wegführt, liegt diese Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit noch deutlich über den für 1985 zu erwartenden Anstieg der Produktivität. Insofern ergibt sich rein rechnerisch, daß die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 1,5 Stunden der Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung entgegenwirkt und sogar in sehr geringem Umfang zu Neueinstellungen führen kann. „Reinrechnerisch" geht es in der betrieblichen Praxis aber bekanntlich nicht zu. Verschiedene Faktoren führen dazu, daß die praktischen Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung in der Regel immer hinter der rechnerischen zurückbleibt. Bei den jetzt getätigten Abschlüssen entfällt durch die in ihnen enthaltenen Elemente der Flexibilisierung der Arbeitszeit und durch die Festlegung, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht zu einer Verkürzung der wöchentlichen Nutzungszeit der Maschinen und Anlagen führen darf, zusätzlich ein erheblicher Teil dessen, was von einer 1,5-stündigen Arbeitszeitverkürzung ohnehin geringer Wirkung auf die Arbeitsplätze ausgehen könnte.

In Sachen Arbeitsplätze wird die erkämpfte Arbeitszeitverkürzung wohl nur dazu führen, daß 1985 ein Teil der von der Produktivitätssteigerung ausgehenden arbeitsplatzvernichtenden Wirkung aufgefangen wird. Ob darüber hinaus betrieblich in gewissem Umfang doch noch Neueinstellungen durchgesetzt werden können, hängt einerseits von den von Tarifbezirk zu Tarifbezirk unterschiedlich vereinbarten Mehrarbeitsregelungen ab, andererseits auch davon, wie die Arbeitszeitverkürzung betrieblich umgesetzt wird.

Von der betrieblichen Umsetzung wird es auch ganz wesentlich abhängen, inwieweit davon gesprochen werden kann, daß die erkämpfte Arbeitszeitverkürzung der Tendenz zum schnelleren Verschleiß der Arbeitskraft entgegenwirkt. Erhebliche Wirkung kann von 1,5 Stunden ohnehin nicht ausgehen. Aber es ist klar, daß wenn etwa die Geschäftsleitung eines Betriebes plant, die Angestellten täglich 24 Minuten weniger arbeiten zu lassen, daß dann diese 24 Minuten durch Leistungsverdichtung herausgeholt werden sollen, wodurch der Raubbau an der Arbeitskraft der Kolleginnen und Kollegen noch verstärkt würde. Es steht sicher zu befürchten, daß bei der betrieblichen Umsetzung die Unternehmer zum Teil versuchen werden, tariflich nicht abgesicherte, aber schon lange „eingebürgerte" Pausen auf die Arbeitszeitverkürzung anzurechnen. Andererseits kann selbstverständlich nicht abgestritten werden, daß bei ansonsten unveränderten Arbeitsbedingungen zusätzliche Freischichten ihren Erholungswert haben. Dennoch gilt insgesamt, daß eine Arbeitszeitverkürzung von 1,5 Stunden angesichts des Tempos, in dem die Steigerung der Intensität der Arbeit vorsichgeht, keinen erheblichen Schutz vor einem schnelleren Verschleiß der Arbeitskraft bieten kann.

## Voller Lohnausgleich?

Von Anfang an war klar, daß es verschiedene Auslegungen der Formel vom „vollen Lohnausgleich" gibt. Mit der Anhebung des Ecklohns um 3,9 Prozent bei Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzung wird sozusagen die unterste Interpretationsmöglichkeit der Forderung nach vollem Lohnausgleich verwirklicht: Die Arbeitszeitverkürzung wird ohne nominalen Lohnabbau durchgeführt. Aber selbst dieses unterste Verständnis der Lohnausgleichs-Forderung wird nicht für alle Arbeiter und Angestellten verwirklicht. In der Metallindustrie, in der die 38,5-Stunden-Woche als durchschnittliche betriebliche Wochenarbeitszeit vereinbart wurde, von der die persönliche wöchentliche Arbeitszeit nach oben und unten um 1,5 Stunden abweichen kann, wird es für die Kolleginnen und Kollegen, deren persönliche Arbeitszeit auf unter 38,5 Stunden in der Woche festgelegt wird, nur vorübergehend einen nominalen Lohnausgleich geben. Die Ausgleichszahlung wird ja schrittweise bei den nächsten tariflichen Lohnerhöhungen um 25 Prozent abgebaut. Die Ausgleichszahlung verdeckt nur kurzfristig, daß diese Kolleginnen und Kollegen Arbeitszeitverkürzung mit Lohnsenkung bezahlen müssen. Für Kolleginnen und Kollegen, die nach dem 31.3.1985 im Betrieb anfangen, wird überhaupt keine Ausgleichszahlung gezahlt.

Ist schon der nominale Lohnausgleich nur mit dieser erheblichen Einschränkung verwirklicht, kann von einem Ausgleich des Reallohns überhaupt nicht gesprochen werden. Der Fall der 40—Stunden-Woche wird von allen Kolleginnen und Kollegen bis Ende 1986 mit erheblichen Reallohnverlusten bezahlt werden müssen.

Bis zu diesem Punkt der Betrachtung käme man wohl noch zu einem nicht ganz unfreundlichen Fazit: Zwar konnte die 35-Stunden-Woche auch nicht als längerfristiger Stufenplan durchgesetzt werden, zwar wird die erkämpfte Arbeitszeitverkürzung für einen Teil der Beschäftigten nicht mit einem vollen Ausgleich des Nominallohns verbunden sein, zwar werden alle Kolleginnen und Kollegen bis Ende 1986 wohl spürbare Reallohnverluste erleiden, aber daß es gegen den erbitterten Widerstand von Kapital und Regierung gelungen ist, die 40-Stunden-Woche zu Fall zu bringen, ist doch ein erheblicher Teilerfolg.

## Kein Einstieg

Leider wäre ein solches Fazit, wie es derzeit landauf, landab von führenden Gewerkschaftsfunktionären vertreten wird („Das Tabu ist weg", „Der Einstieg ist geschafft"), sehr unvollständig und beschönigend. Tatsächlich wird eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zwar nun auf dem Papier in den Tarifverträgen stehen, aber kaum in den Betrieben realisiert werden. Zwar wird man abwarten müsen, wie die Auseinandersetzungen um die betriebliche Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung verlaufen, doch es wird — schon allein wegen der tarifvertraglichen Festlegung, daß die Nutzungszeit der Maschinen und Anlagen nicht gemindert werden darf — überwiegend wohl dazu kommen, daß die tarifvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeitverkürzung in Form von Freischichten abgegolten wird, tatsächlich also als Verkürzung der Jahresarbeitszeit realisiert wird. Insofern ist es auch irreführend, von einem Einstieg in die 35-Stunden-Woche zu reden.

Wahr ist, daß die Unternehmer angesichts des gewerkschaftlichen Kampfes ihr erklärtes Ziel, die 40 Stunden als wöchentliche Regelarbeitszeit festzuschreiben, nicht durchhalten können, daß insofern das unternehmerische Tabu durchbrochen wurde, aber Einstieg in die 35-Stunden-Woche bedeutet mehr: Einstieg in die 35-Stunden-Woche bedeutet, daß mit dem erreichten ersten Schritt zugleich eine Dynamik in Richtung auf die vollständige Durchsetzung der 35-Stunden-Woche freigesetzt wird. Das ist aber nicht der Fall, wenn die tarifvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeitverkürzung tatsächlich mittels Freischichten als verkürzte Jahresarbeitszeit realisiert wird. Zusätzliche Freischichten führen in den Betrieben eben nicht zu Veränderungen, die weitere Verkürzungen der Wochenarbeitszeit problemloser und sogar folgerichtig erscheinen lassen. Insofern wird nach Ablauf dieses Tarifvertrages die Frage der weiteren Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit durchaus nicht einfacher stehen.

## Gefahren der Flexibilisierung

Die Flexibilisierung, die darin besteht, daß die wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden nur im betrieblichen Durchschnitt von zwei Monaten erreicht werden muß, gibt den Unternehmern, wie schon angedeutet, die Möglichkeit, die betriebliche Arbeitszeit relativ weitgehend dem Wechsel von „Arbeitstälern" und „Arbeitshöhen" anzupassen. Die tariflichen Vereinbarungen würden etwa folgende Regelung der wöchentlichen Arbeitszeit über einen Zeitraum von 4 Monaten erlauben: 37 Stunden, 40 Stunden, 40 Stunden, 37 Stunden oder 40 Stunden, 37 Stunden, 37 Stunden, 40 Stunden. Bei hohem Arbeitsanfall könnten über zwei Monate hinweg unverändert 40 Stunden gefahren werden, bei geringem Arbeitsanfall über zwei Monate hinweg 37. Daß derartige Regelungen über das Jahr gesehen zu einer erheblichen Leistungsverdichtung führen können und den mit Arbeitszeitverkürzungen verbundenen gewerkschaftlichen Zielsetzungen in hohem Maße entgegenstehen, ist offenkundig.

Noch schwieriger als diese für die Metall-, Stahl- und Druckindustrie vereinbarte Flexibilisierung der Arbeitszeit über das Jahr, ist in ihren Auswirkungen für die Stellung der Gewerkschaften und der Belegschaften die in der Metallindustrie vereinbarte Individualisierung der Arbeitszeit, derzufolge die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Betrieb zwar 38,5 Stunden beträgt, die persönliche Arbeitszeit der Kollegen aber um drei Stunden — zwischen 37 und 40 Stunden — unterschiedlich sein kann.

Sicher: hysterische Übertreibungen, als sei damit bereits das System kollektiver Tarifverträge ausgehebelt, sind fehl am Platz. Aber wenn in der Frage der 40-Stunden-Woche ein Unternehmertabu durchbrochen wurde, ist hier ein grundlegendes gewerkschaftliches Prinzip zumindest angesägt worden.

Die Existenzgrundlage von Industriegewerkschaften kann nur darin liegen, daß sie das gemeinsame Klasseninteresse der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten verfechten. Das ist unter anderem auch deshalb schwierig, weil die kapitalistische Produktionsweise nicht nur dieses gemeinsame Klasseninteresse schafft, sondern auch Sonderinteressen bestimmter Gruppen von Arbeitern und Angestellten, auch Tendenzen zur Zersplitterung und Aufspaltung in der Arbeiterklasse hervorruft: Facharbeiter und Hilfsarbeiter, hohe Lohngruppen und niedrige Lohngruppen, Dreischichtler und Normalschichtler, Zeitlöhner und Akkordlöhner usw. Und auch für die Kapitalisten stellt sich die Sache in der Regel so dar, daß die maximale Ausbeutung aller Arbeiter nur verwirklicht werden kann, wenn unterschiedliche Methoden der Ausbeutung bestimmter Arbeitergruppen angewendet werden. Die Festlegung einheitlicher Bedingungen der Ausbeutung für alle Arbeiter in Gesetzen und Tarifverträgen stellt deshalb für sich genommen schon eine Einschränkung des kapitalistischen Strebens nach größtmöglicher Steigerung der Ausbeutung dar.

Nun ist es eine alte Erfahrung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, daß es, weil hier teilweise objektive Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise wirksam sind, nicht möglich ist, für alle Arbeitergruppen völlig einheitliche Bedingungen in den Tarifverträgen festzusetzen. Alle Tarifverträge enthalten erhebliche Differenzierungen. Völlig eindeutig für die Regelung der Arbeitsbedingungen (Maschinenbesetzungen u.ä.), aber natürlich trifft das auch für den Lohntarif und die unterschiedlichen Lohngruppen zu. Dennoch ist der Ecklohn und der Bezug aller Lohngruppen zum Ecklohn eine Säule des Tarifvertragssystems. Eine andere ist die kollektive tarifvertragliche Festlegung des Normalarbeitstages und der wöchentlichen Regelarbeitszeit.

An diese Säule wurde nun vor allem mit der in der Metallindustrie vereinbarten individuellen Flexibilisierung die Axt gelegt. Die Aufspaltung der Belegschaften in solche die 37 Stunden (letztlich ohne vollen Lohnausgleich), in solche, die 38,5 Stunden und in solche, die 40 Stunden arbeiten, wird, wenn sie sich in den Betrieben durchsetzt, es sehr erschweren, eine einheitliche Arbeitszeitforderung in der Zukunft zu formulieren. Die Gefahr zeichnet sich ab, daß die Belegschaften zukünftig nicht nur in Lohngruppen, sondern auch in Arbeitszeitgruppen aufgespalten sein werden.

Diese Differenzierung der persönlichen Arbeitszeit treibt zugleich auch die Lohndifferenzierung weiter voran. Darauf, daß die Kolleginnen und Kollegen, die künftig unter 38,5 Stunden arbeiten sollen, nach einer Übergangszeit auch keinen auf 38,5 Stunden ausgeglichenen Lohn erhalten werden, haben wir schon hingewiesen. Dem entspricht, daß die Kolleginnen und Kollegen, die in Zukunft weiterhin 40 Stunden arbeiten müssen, entsprechend über dem 38,5-Stunden-Lohn liegen werden. Verfolgt man die ersten Absichtserklärungen aus den Konzernleitungen, ergibt sich, daß in vielen Betrieben beispielsweise geplant ist, Band- und Montagearbeiter 37 Wochenstunden arbeiten zu lassen, Facharbeiter weiterhin 40 Stunden. Das Beispiel macht deutlich, daß die Gefahr tiefgehender Spaltungen der Belegschaft besteht.

Auch hier kommt es zum erheblichen Teil darauf an, ob die Unternehmer die in den Tarifverträgen leider eröffneten Möglichkeiten der individuellen Flexibilisierung auch betrieblich durchsetzen können oder ob es den Belegschaften, den Gewerkschaftern und Betriebsräten in den Betrieben weitgehend gelingt, diese Spaltung abzuwehren und die 38,5-Stunden-Woche als persönliche Wochenarbeitszeit für alle Belegschaftsmitglieder durchzusetzen.

## Tarifpolitik betriebsnah?

Letzteres wird ohne Zweifel sehr schwierig sein, und damit ist ein weiteres Problem der jetzt getätigten Tarifabschlüsse angesprochen: die Verlagerung eines Teils der Tarifpolitik in die Betriebe hinein. Damit ist zwangsläufig eine Schwächung der IG Metall als einheitliche gewerkschaftliche Interessenvertretung der Beschäftigten in der Metallindustrie verbunden. Betrieblich isoliert ist der Druck der Unternehmer auf die einzelnen Belegschaften am wirkungsvollsten. Daß Belegschaften und Betriebsräte dann am ehesten bereit sind, Zugeständnisse an die Unternehmer zu machen, wenn die Geschäftsleitung das Schreckgespenst der drohenden Wettbewerbsunfähigkeit und von Produktionseinstellungen oder -reduzierungen an die Wand malt, ist Erfahrungstatsache. Hinzu kommt, daß es für die Unternehmer betrieblich auch am leichtesten ist, einzelne Gruppen der Belegschaften gegeneinander auszuspielen. Schließlich sind in vielen Betrieben die Betriebsratsspitzen hundertprozentige Sachwalter des „Betriebsinteresses", für die der Schulterschluß mit der Geschäftsleitung gegen die in- und ausländische Konkurrenz weit wichtiger ist als das gewerkschaftliche Solidaritätsprinzip.

Es bedeutet auch die Aufgabe eines Stücks Tarifautonomie, wenn Bereiche der Tarifpolitik an die Betriebsräte delegiert und damit unter die Fuchtel des Betriebsverfassungsgesetzes gestellt werden.

Sicher wird man in den

Fortsetzung auf Seite 5

## Das gesellschaftspolitische Kräfteverhältnis nach dem Ende der Tarifbewegungen in der Metall-, Stahl- und Druckindustrie

# Die Wendestrategen kamen nicht ans Ziel

**Erhobenen Hauptes gingen die streikenden Metaller nach der Beendigung des Streiks in die Betriebe zurück. Das war nicht nur eine der nach so einem Arbeitskampf üblichen Floskeln der Gewerkschaftspresse. Es wurde wohl von den Streikaktivisten tatsächlich so empfunden. Dieses Gefühl, nicht besiegt worden zu sein, hatte seine Grundlage sicher nicht in dem Tarifabschluß.**

Wie die große Zahl der Nein-Stimmen bei den Urabstimmungen über das Schlichtungsergebnis zeigt, stieß der Abschluß selbst bei einem Großteil der Kolleginnen und Kollegen auf Enttäuschung und Ablehnung. Das gilt insbesondere für die Streikbetriebe und hier — auch wenn Urabstimmungszahlen das nicht belegen können — sicher besonders für die im Streik aktivsten Kolleginnen und Kollegen. Das Gefühl, nicht besiegt worden zu sein, beruht darauf, daß man vor einem gewaltigen Druck der Unternehmer, der Regierung, der Massenmedien nicht in die Knie gegangen ist, sondern standgehalten hat.

Von Anfang an war klar, daß die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche nicht nur von großer tarifpolitischer Bedeutung, sondern von überragender politischer Bedeutung war. Die politische Offensive ging dabei nicht von den Gewerkschaftsführungen aus, sondern von denen, die in der heißen Phase des Kampfes der IG Metall und der IG Druck & Papier vorwarfen, es ginge ihnen gar nicht um die Belange der Mitglieder, sondern um den politischen Kampf gegen die Regierung.

Daß nach mehrjährigen Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb der IG Metall die 35-Stunden-Woche als Aktionsforderung auf die Tagesordnung gesetzt wurde, ist von der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung um die Frage, wie die Gewerkschaften auf die Bedingungen einer krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft mit Massenarbeitslosigkeit reagieren sollen, nicht zu trennen. Nach Jahren des Rückzugs, in denen — noch in den letzten Jahren der sozialliberalen Koalition — Reallohnabbau, Sozialabbau und der Anstieg der Arbeitslosigkeit ohne ernsthaften Abwehrkampf hingenommen wurden, ging es auch darum, mit dem Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich unter den Bedingungen von Krise und Arbeitslosigkeit gewerkschaftlichen Handlungsspielraum zurückzugewinnen und die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

## Ziel der Wende

Die Frage stellte sich verschärft nach dem Regierungswechsel in Bonn, der in aller Offenheit und Eindeutigkeit von den Kapitalistenorganisationen gefordert und betrieben worden war. Spätestens die Wahlkampagne von CDU und CSU zur Bundestagswahl machte deutlich, worum es ging: die verheißungsvolle Aufschwungpropaganda war verbunden mit dem Kampf gegen das sogenannte Anspruchsdenken, mit der Behauptung, daß die Werktätigen auf zu großem Fuß leben und daß darin die Ursache für die Wirtschaftsprobleme zu suchen sei. Die sozialdemokratische Krisenpropaganda von der „gerechten Verteilung der Lasten" wurde ersetzt durch die Behauptung, daß alle verzichten müssen, damit die Unternehmer mehr Kapital sammeln könnten, um angeblich arbeitsplatzschaffende Investitionen zu tätigen. Nach der Wahl stellten Kohl, Strauß u. a. vor allem heraus, daß die von den Koalitionsparteien erreichte Mehrheit gewonnen wurde, obwohl CDU/CSU im Wahlkampf klar die Notwendigkeit von Opfern für den Aufschwung betont hätten.

Der Anspruch, der erhoben wurde, war unmißverständlich: diese Regierung vertritt die vernünftige, einsichtige, opferbereite Mehrheit des Volkes gegen die egoistischen Interessengruppen — natürlich vor allem der Gewerkschaften —, deren Funktionäre das Organisationsinteresse über das Gemeinwohl stellen und in Wirklichkeit keineswegs für die Mehrheit ihrer Mitglieder sprechen können. Eben das war das Ziel, für das das organisierte Kapital den Sturz der SPD-geführten Regierung Schmidt betrieb: man brauchte in Bonn eine Regierung, die auch bei Verwirklichung einer Politik der Konfrontation gegenüber den Gewerkschaften mehrheitsfähig und stabil bleiben konnte.

So wurde die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche von den Kapitalistenorganisationen und der Bonner Regierung zur Machtprobe erklärt. Unternehmerverbände und Regierung entwarfen gemeinsam eine Strategie, deren Ziel die politische Isolierung der Gewerkschaften, ihre Spaltung und Zersetzung, die Zerstörung ihrer Durchsetzungfähigkeit war.

Das Vorruhestandsgesetz wurde verabschiedet, um die Spaltung innerhalb des DGB zu vertiefen, Gewerkschaftsführungen wie die der IG Chemie, der IG Bergbau & Energie, der IG Bau-Steine-Erden u. a., die sich gegen die 35-Stunden-Woche ausgesprochen hatten, als Kronzeugen dafür zu gewinnen, daß die Forderung der 35-Stunden-Woche auch nach Ansicht der „vernünftigen Gewerkschafter" nicht im Interesse der Arbeiter und Angestellten ist. Es sollten Spaltungstendenzen innerhalb der IG Metall und der IG Druck & Papier gefördert werden, indem vor allem ältere Kolleginnen und Kollegen für die von den Unternehmern angebotene Vorruhestandsregelung gewonnen und zur Ablehnung der 35-Stunden-Wochen-Forderung gebracht werden sollten. Schließlich sollte die Vorruhestandsregelung helfen, die öffentliche Meinung gegen die IGM Metall und die IG Druck & Papier zu mobilisieren, sollte der Eindruck erweckt werden, die Unternehmer und die Regierung würden der IG Metall etwas anbieten, nur sei diese „stur und unbeweglich".

Das unmittelbare Ziel dieser propagandistischen Offensive der Unternehmerverbände und der Regierung gegen die IG Metall und die IG Druck & Papier war, eine Urabstimmungsniederlage der IG Metall herbeizuführen. Die entsprechenden Äußerungen von Gesamtmetallvertretern lassen keinen Zweifel daran, daß die Kapitalisten ernsthaft darauf spekuliert haben. Die Mehrheit für die Wendeparteien bei der letzten Bundestagswahl war wohl die Hauptquelle für diese Zuversicht im Unternehmerlager.

Die Urabstimmungsergebnisse in Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen aber brachten klare Ergebnisse für den Streik. Tatsächlich müssen viele Kolleginnen und Kollegen, die bei der letzten Bundestagswahl CDU gewählt haben, bei den Urabstimmungen für Streik gestimmt haben. Mit einem politischen Meinungsumschwung hat das nichts zu tun. Es sagt nur etwas aus über den Unterschied, der zwischen einer parlamentarischen Wahl und einer Urabstimmung besteht. Das Klasseninteresse, das von den bei den Parlamentswahlen zur Wahl stehenden Parteien, Kandidaten und Losungen repräsentiert wird, bleibt einem großen Teil der Wähler durchaus verborgen. Die Verbindung der bei der Urabstimmung zu entscheidenden Alternative zum Klasseninteresse ist sehr direkt.

Damit war klar, daß die erste Phase in der Strategie von Regierung und Kapital gescheitert war: die IG Metall und die IG Druck & Papier waren streikfähig. Die Kampfbereitschaft in den Betrieben war da.

Der Streikeintritt der Kollegen von Daimler/Sindelfingen machte zudem offenkundig, daß keineswegs auf „Druck der Funktionäre" gestreikt wurde, sondern daß von der Basis in den Betrieben her ein Bestreben da war, den Streik über die wenigen ausgewählten Streikbetriebe hinaus auszudehnen. Der Streik in Nordwürttemberg/Nordbaden war gerade angelaufen, da mußte die Führung der IG Metall massiv intervenieren — nicht um, wie es den Wunschträumen der Kapitalisten und ihrer Regierung entsprochen hätte, die Streikfront aufrechtzuerhalten, sondern um die Ausweitung des Streiks zu verhindern.

Die Unternehmer zielten nun darauf ab, durch demonstrative Unnachgiebigkeit, durch den heißen und vor allem kalten Aussperrungsterror die Kampfbereitschaft zu zermürben, in den Belegschaften den Eindruck der Aussichtslosigkeit des Kampfes zu erzeugen. Hier sollte die von der Regierung herbeigeführte politische Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, an die kalt Ausgesperrten kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, offensichtlich eine Schlüsselrolle spielen.

Auch diese Spekulation ging nicht auf: die kalt Ausgesperrten ließen sich nicht gegen die IG Metall mobilisieren. Aber die von den Unternehmern und der Regierung durch die Kurzarbeitergeld-Entscheidung herbeigeführte politische Verschärfung des Konflikts war enorm: die Regierung war unmittelbar und direkt als Arbeitskampftruppe der Unternehmer auf den Plan getreten. Die Demonstration in Bonn war eine der größten Arbeiterdemonstrationen gegen die Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Sozialgerichtsurteile gegen den Franke-Erlaß machten den politischen Charakter dieser Regierungsentscheidung im Interesse der Kapitalisten vollends offenkundig.

## Zurück zur Sozialpartnerschaft?

Mit dieser herbeigeführten politischen Verschärfung des Kampfes hatten Kapital und Regierung einen hohen Einsatz gewagt. Die Karte aber stach nicht. Es gab keinerlei Anzeichen dafür, daß die Streikfront unter dem Druck dieser Verschärfung zusammenbrechen würde.

Unter dem Eindruck der ungebrochenen Streikfront, der Bekräftigung des Durchhaltewillens bei der sogenannten Mitgliederbefragung in Nordwürttemberg/Nordbaden, der Tatsache, daß die Solidarität aus den anderen DGB-Gewerkschaften mit der IG Metall und der IG Druck & Papier unverändert groß war, daß der ÖTV-Kongreß die 35-Stunden-Woche zur vorrangigen Forderung der kommenden Tarifbewegung erklärte, schließlich auch unter dem Eindruck der spürbar werdenden wirtschaftlichen Folgen des Arbeitskampfes, zeigten sich auch im Unternehmer- und im Regierungslager die ersten Differenzierungen.

Die bisher angewandten — seit den 50er Jahren in dieser Schärfe einmaligen — Methoden zur Brechung des Streiks und des gewerkschaftlichen Widerstandes hatten nicht gefruchtet. Es erwies sich, daß die Kampfkraft der IG Metall und der IG Druck & Papier keineswegs so schwach war, wie aufgrund der Erfolgslosigkeit des gewerkschaftlichen Handelns der letzten Jahre und aufgrund der Wahlerfolge der CDU/CSU ursprünglich angenommen.

Für eine weitere Verschärfung des Kampfes gegen die IG Metall und die IG Druck & Papier, für eine Verschärfung des Antistreik-Terrors aber fehlten offenkundig die politischen Voraussetzungen:

- Die Regierung war durch verschiedene Skandale erschüttert, hatte mit dem Amnestie-Gesetz eine herbe politische Niederlage erlitten, hatte mit den EG-Beschlüssen die Bauern gegen sich aufgebracht, war durch die Krise der FDP in ihrer Stabilität berührt und stand vor der Notwendigkeit einer Umbildung, deren Umfang noch nicht abzusehen war.
- Innerhalb der CDU stieß mit der Länge des Arbeitskampfes der offene Konfrontationskurs gegenüber der IG Metall und der IG Druck & Papier auf zaghafte, aber doch wachsende Kritik aus dem Lager der Sozialausschüsse.
- Im Unternehmerlager mehrten sich in dem Maße, in dem klar wurde, daß das Festhalten an dem Ziel der Kapitulation der IG Metall abgesehen von den spürbarer werdenden wirtschaftlichen Nachteilen des Arbeitskampfes auch zu einem schwer wägbaren politischen Risiko wurde, Stimmen, die auf einen Kompromiß drängten. Schon die Ablehnung des Biedenkkopf-Modells war keineswegs einhellig.
- Schließlich nahmen auch in der veröffentlichten Meinung die Stimmen zu, die auf eine Beendigung des Arbeitskampfes durch Kompromiß drängten.

Unter diesen Bedingungen setzte sich bei Gesamtmetall die Position durch, einen sozialpartnerschaftlichen Kompromiß einzugehen. Daß der Preis für einen solchen Kompromiß spottbillig sein würde, hatte die IGM-Führung in den vorangegangenen Verhandlungen ausreichend klargemacht. So schlecht dieser Kompromiß für die Gewerkschaften und die Arbeiter und Angestellten ist, hat er sozialpartnerschaftlichen Charakter, und es ist falsch, ihn als Kapitulation der IG Metall zu interpretieren.

Dieser Abschluß kam zustande, weil die Unternehmer ihr ursprüngliches Ziel, die IG Metall zur Kapitulation zu zwingen, aufgaben, während die Führung der IG Metall zu keiner Zeit einen wirklichen Durchsetzungskampf gegen die Unternehmer wollte. Erst recht wollte die Führung der IG Metall von Anfang an der politischen Konfrontation mit der Regierung ausweichen. Ziel der Führung der IG Metall war in diesem Kampf nicht der uneingeschränkte Sieg über die vereinigte Front von Kapital und Reaktion. Sie wollte aber Unternehmer und Wendestrategen zwingen, auf dem sozialpartnerschaftlichen Teppich zu bleiben.

Um die Sozialpartnerschaftskonzeptionen über die Runden der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche zu retten, stellte sich die Führung der IG Metall gegen einen bundesweiten Massenstreik, nahm sie einen für die Metaller nicht nur unzureichenden, sondern schlechten Abschluß in Kauf.

Die Wendestrategen haben ihr Ziel, der IG Metall und der IG Druck und Papier in dieser Auseinandersetzung das Rückgrat zu brechen, nicht erreicht. Die zu Beginn der Auseinandersetzung von Franz Steinkühler aufgeworfene Frage, daß es in dieser Auseinandersetzung auch um das Sein oder Nichtsein der IG Metall ginge, ist damit keineswegs zugunsten des Seins beantwortet. Das zu glauben, wäre eine große Illusion. Nichts hat sich an den Vorstellungen der herrschenden Klasse darüber geändert, wie die Auswirkungen der krisenhaften Entwicklung ihres Systems in den Griff zu kriegen sind. Ihr Ziel ist und bleibt, die Steigerung der Ausbeutung, die Abwälzung aller Krisenlasten auf die Arbeiterklasse und die Werktätigen und damit auch die Brechung des Widerstandes gegen diese Krisenpolitik.

Kapital und Reaktion werden nach dieser Auseinandersetzung nicht zur sozialpartnerschaftlichen Tagesordnung zurückkehren. Sie werden ihre Schlußfolgerungen aus diesem Arbeitskampf ziehen, um die politischen Bedingungen dafür zu schaffen, die Gewerkschaften weiter zu schwächen. Das wird sich möglicherweise schon bei der anstehenden Tarifrunde für den öffentlichen Dienst zeigen. Aber die Bedingungen dafür, den Widerstand gegen Kapital und Reaktion erfolgreich zu entfalten, sind nach diesem Kampf um die 35-Stunden-Woche besser als zuvor.

**In der nächsten Ausgabe werden wir uns noch einmal grundsätzlicher mit der gewerkschaftlichen Kampfführung und mit den unserer Ansicht nach notwendigen Schlußfolgerungen für die gewerkschaftliche Diskussion beschäftigen.**
**In der übernächsten Ausgabe werden wir uns ausführlicher mit der Rolle der SPD in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auseinandersetzen.**

**Fortsetzung von Seite 4**

nächsten Wochen eine detailliertere Analyse und Bewertung der Tarifverträge im einzelnen vornehmen müssen. Zieht man ein allgemeineres Fazit der Tarifbewegung in der Metall-, Stahl- und Druckindustrie, wird man sagen müssen, daß von einem Erfolg hinsichtlich des Tarifergebnisses nicht gesprochen werden kann. Nicht nur deshalb nicht, weil die 35-Stunden-Woche nicht durchgesetzt wurde und die erkämpfte Arbeitszeitverkürzung zu gering ausgefallen ist, nicht nur deshalb nicht, weil weitere Reallohneinbußen hingenommen wurden, sondern vor allem auch deshalb, weil es den Kapitalisten gelungen ist, Elemente der Flexibilisierung und damit eine für die Gewerkschaften sehr gefährliche Weichenstellung durchzusetzen.

Vor Übertreibungen muß andererseits gewarnt werden: Die Unternehmer haben keineswegs auf der ganzen Linie gesiegt. Dazu ist die Durchbrechung der 40-Stunden-Woche denn doch zu wichtig. Die Abschlüsse stellen einen für die Gewerkschaften schädlichen, wichtige Interessen und Bestrebungen der Arbeiterklasse preisgebenden sozialpartnerschaftlichen Kompromiß dar. Eine Kapitulation der IG Metall und IG Druck und Papier markieren sie nicht.

## Neues Beschäftigungsförderungsgesetz

# Aus für Sozialplanleistungen?

**Ende Juli hat Norbert Blüm einen überarbeiteten Entwurf für ein neues Beschäftigungsförderungsgesetz vorgelegt. Das neue Gesetz soll — wie ja bekanntlich alle wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung — dazu dienen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sagt Norbert Blüm. Was die Regierung tut, wenn sie davon spricht, Arbeitsplätze schaffen zu wollen, ist mittlerweile hinlänglich bekannt: die Kosten für die Unternehmer werden gesenkt, die sozialen Leistungen und die Rechte für die Belegschaften reduziert. Das neue Beschäftigungsförderungsgesetz ist für diese Politik ein besonders eklatantes Beispiel.**

Das gilt insbesondere für eine der beiden wesentlichen Neuerungen gegenüber dem alten Entwurf für das Beschäftigungsförderungsgesetz, für die geänderten Bestimmungen über die Sozialplanregelungen. Gerd Muhr, stellvertretender DGB-Vorsitzender dazu: „In Zukunft wird es kaum noch durchsetzbare Sozialpläne geben." Folgendes soll geändert werden:

- War bisher ein Sozialplan erzwingbar, wenn 5 Prozent der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verloren, so ist dafür in Zukunft — wenn Blüms Vorhaben Gesetz werden sollte — eine Quote von 10 bis 20 Prozent der Beschäftigten erforderlich (in Betrieben mit 20—249 Beschäftigten 20 Prozent, in Betrieben mit 250—499 Beschäftigten 15 Prozent, in Betrieben mit mehr Beschäftigten 10 Prozent).
- Wenn Sozialpläne ausgehandelt werden, sollen Arbeiter und Angestellte, die an einem „zumutbaren" Arbeitsplatz im selben Betrieb, in einem anderen Betrieb des Unternehmens oder des Konzerns arbeiten können, das aber ablehnen, im Sozialplan nicht berücksichtigt werden. „Zumutbar" ist beispielsweise, wenn einem Arbeiter aus Hamburg ein Arbeitsplatz in München angeboten wird!
- Ein dicker Hammer: bei Unternehmensneugründungen gibt es in den ersten vier Jahren überhaupt keinen gesetzlichen Anspruch auf einen Sozialplan.
- Im Konkursfall soll in Zukunft die Summe aller Forderungen aus Sozialplänen ein Drittel aller Gläubigerforderungen an der Konkursmasse nicht übersteigen dürfen. Andersherum: zwei Drittel der Konkursmasse sind auf jeden Fall für Banken und andere Unternehmer reserviert.

Die zweite wesentliche Neuerung im jetzt vorgelegten Gesetzentwurf für das Arbeitsförderungsgesetz betrifft die Ausbildungsplätze für Jugendliche. Die Bundesanstalt für Arbeit soll danach die Möglichkeit erhalten, Aufträge für Ausbildungsplatzvermittlung an „sozial engagierte Einrichtungen und Personen" zu vergeben, eine Möglichkeit, die es bis 1969 schon einmal gab.

Hauptmotiv für die Einführung dieser Neuerung war sicherlich der Versuch, den Eindruck zu erwecken, daß die Regierung etwas tue, um das Lehrstellenproblem zu lösen. Was natürlich dann, wenn man nichts tut, um Ausbildungsplätze zu **schaffen**, nur geht, wenn man die Jugendarbeitslosigkeit als ein Problem der Ausbildungsplatzvermittlung hinstellt, (was sie nicht ist).

Aber es geht nicht nur um Augenwischerei. Hier wird auch ein Schritt in eine Richtung getan, den bestimmte Kapitalskreise schon lange fordern: ein Schritt in Richtung auf die Privatisierung der Arbeitsplatzvermittlung, die für alle, die einen Arbeitsplatz oder einen Ausbildungsplatz suchen, nur Nachteile haben kann.

Ansonsten unterstreicht der neue Entwurf nur noch, wie sehr die Regierung den Unternehmern in ihrem Verlangen nach Arbeitskräften, die ohne viel Federlesens gefeuert und vor allen Dingen auch wieder gefeuert werden können, entgegenkommen will. Denn die Neuregelungen über Zeitverträge und über Leiharbeit, die nach dem alten Entwurf „nur" bis 1988 gelten sollten, sind nach dem neuen Entwurf bis 1991 gültig.

Von den anderen Änderungen, die an dem alten Entwurf vorgenommen wurden, soll noch eine erwähnt werden: die dort vorgesehene Bestimmung, daß Überstunden von einer bestimmten Höhe an mit Freizeit abgegolten werden müssen, wurde gestrichen. Auch bei dieser Änderung springt wirklich ins Auge, wie sehr die Regierung um die Schaffung von Arbeitsplätzen bemüht ist.

Der Entwurf soll bereits im Herbst Gesetz werden und ab 1.1.85 in Kraft treten. Für den Widerstand gegen dieses arbeiterfeindliche Produkt aus dem Hause Blüm bleibt also nicht viel Zeit!

# BR-Wahl bei Mannesmann

Fortsetzung von Seite 1

Diese Forderungen wurden abgelehnt. Darauf sahen sich die Konsequenten Gewerkschafter gezwungen, eine Liste einzureichen, so daß diesmal keine Persönlichkeitswahlen stattfinden konnten, wie die ganzen letzten Jahre. Durch die Bündelung der Stimmen und die klare Frontbildung bei Listenwahlen wollten die Konsequenten Gewerkschafter versuchen, die Nachteile eventuell erneut zu erwartender Manipulationen und die gegebene Chancenungleichheit zwischen amtierenden Betriebsräten und neuen Kandidaten im Großbetrieb auszugleichen.

Daraufhin wurde die Stommel-Liste zur offiziellen IGM-Liste erklärt und ein Ausschlußverfahren gegen die 19 Kandidaten der Konsequenten Gewerkschafter eingeleitet.

Der Wahlkampf selber wurde mit äußerster Härte und dem Einsatz aller Mittel geführt. Da überschwemmte auf einmal eine Flut von Hochglanzpapier-Flugblättern und kleinen Wahlgeschenken der IGM die Hütte.

Da gestand die Werksleitung ihrem Wunschbetriebsrat unter Stommel auf einmal eine Kurzarbeitsregelung zu, die von ihm selber vor einem Jahr, als die Konsequenten Gewerkschafter ähnliches gefordert hatten, als völlig utopisch abgelehnt worden war.

Da fühlten viele Kollegen sich auf einmal in einen Belagerungszustand versetzt. Dieselben Betriebsräte, die sich sonst äußerst selten im Betrieb sehen ließen, wichen den Kollegen auf einmal wochenlang nicht von der Seite und verstreuten Märchen, Verdrehungen und Lügen über die Konsequenten Gewerkschafter.

Einen gewissen Erfolg zeigte dieses Vorgehen, da als Anknüpfungspunkt der in der Tat kritische Punkt der Listenwahlen herausgepickt wurde. Viele Kollegen sind gegen Listenwahlen und für Persönlichkeitswahlen. Auch wenn sie auf der logischen Ebene diese Argumente der Konsequenten Gewerkschafter, warum ihnen nur die Listenwahl blieb, akzeptierten, war aber doch oft gefühlsmäßig eine Abneigung gegen diesen Schritt vorhanden und damit ein Boden für die ganzen Verdrehungen der Stommel-Gruppe gegeben.

Außerdem wurden den beiden Spitzenkandidaten der Konsequenten Gewerkschafter „zufällig" die Autoreifen zerschnitten.

Und am Tag vor der Wahl wurden auf einen Schlag von Betriebsräten der Stommel-Gruppe im ganzen Werk gefälschte Plakate ausgehängt, die genau wie Plakate der Konsequenten Gewerkschafter aufgemacht waren, mit dem Text: „Wir sind am Ende". So sollte Verwirrung unter den Wählern der Konsequenten Gewerkschafter gestiftet werden. Durch schnelles Reagieren mit einem Gegenplakat verwandelten die Konsequenten Gewerkschafter das Ganze aber in eine Aktion gegen die Stommel-Gruppe.

Das Ergebnis brachte dann bei der Stommel-Gruppe und der IGM-Ortsverwaltung lange Gesichter hervor. Auch für das Ausschlußverfahren haben die Konsequenten Gewerkschafter so natürlich eine bessere Ausgangsposition. Jetzt geht es darum, in den nächsten zweieinhalb Jahren durch eine gute Arbeit die Interessen der Kollegen besser zur Geltung zu bringen und gleichzeitig den Boden für eine weitere Stärkung der fortschrittlichen Kräfte bei Mannesmann in Duisburg zu legen.

## Erfolg für die entlassenen BMW-Gewerkschafter in Westberlin

# Kündigung von Peter Vollmer war rechtswidrig

**Im April wurden drei aktive Gewerkschafter bei BMW in Westberlin gefeuert. Fristlos entlassen, weil sie auf massive Beeinflussung der Geschäftsleitung während der Betriebsratswahl aufmerksam gemacht hatten und die Unternehmensführung der direkten Unterstützung einer ihnen genehmen „Mannschaft der Vernunft" bei diesen Wahlen überführen konnten.**

**Am 25. Juli hat ein Westberliner Arbeitsgericht der Kündigungsschutzklage eines der gefeuerten, des ehemaligen Betriebsrats und stellvertretenden Vertrauensleutekörperleiters der IG Metall, Peter Vollmer in vollem Umfang entsprochen. Das Gericht befand, daß das Arbeitsverhältnis des Klägers weder durch die fristlose Kündigung der Firma BMW vom 24.4.1984 noch durch eine zweite fristlose Kündigung vom 30.5.1984 aufgelöst sei, und verurteilte die Firma BMW, Vollmer zu den bisherigen Bedingungen weiterzubeschäftigen. Die Urteilsbegründung läßt hoffen, daß auch in den anstehenden Verfahren der beiden anderen Gekündigten, Rainer Knirsch und Hans Köbrisch ein Erfolg zu erringen sein wird.**

**Wir veröffentlichen im folgenden zwei kurze Auszüge aus der Urteilsbegründung, wie sie vom Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter (c/o Prof. Bodo Zeuner, Habelschwerdter Allee 10, 1000 Berlin 33) in einer Pressemitteilung zusammengefaßt wurde:**

„***Störung des Betriebsfriedens.*** *Der Arbeitgeber habe nirgends konkret dargelegt, wo und wie der Betriebsfrieden gestört bzw. gefährdet worden sei. Aber selbst wenn der Betriebsfrieden tangiert worden sei, dann wäre dieses kein hinreichender Grund gewesen, die Kündigung auszusprechen, weil der Arbeitgeber selber Verursacher dieser Störung gewesen sei. Dies sei insbesondere durch die Reden des Werksleiters Glas auf Betriebsversammlungen im Dezember 1983 und am 27.3.1984 geschehen, in denen Bezug auf die anstehende Betriebsratswahl genommen, die Belegschaft aufgefordert werde, in einer bestimmten Richtung zu wählen, und auch über diese Richtung keine Unklarheit gelassen werde: Es sei die sogenannte „Mannschaft der Vernunft" gewesen, die vom Arbeitgeber in ihrer Wahlwerbung auch materiell unterstützt worden sei. Wenn es überhaupt eine Störung des Betriebsfriedens gegeben habe, so sei sie nicht gerade durch das Flugblatt von Vollmer, Knirsch und Köbrich entstanden, in dem diese ihre Wahlanfechtung mit den massiven Beeinflussungsversuchen des Arbeitgebers begründen."*

***Beleidigung des Werksleiters Glas.*** *Das Flugblatt ist eine Reaktion auf die Äußerung des Werksleiters, insbesondere auf seine sehr polemische Rede vom 27.3.1984, die nach Inhalt und Form bei weitem das Maß des Zumutbaren und Erlaubten im Rahmen einer Betriebsratswahl überschritten habe. Wenn schon von Ehrverletzung die Rede sei, dann sei diese Rede ihrerseits geeignet gewesen, die Ehre der Herren Vollmer und Knirsch zu verletzen. Diese Rede war mitverursachend für das Flugblatt. Im übrigen würden in dem Flugblatt keine Vorwürfe gegen die Person des Werksleiters Glas erhoben. Die dort erhobenen Vorwürfe seien vielmehr als Erklärungen im Rahmen einer politischen Argumentation zu werten."*

## „Freiwilliger Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit"

## Spontaner Streik gegen Lohnraub

BREMEN. — Am 9. Juli gegen Mittag trat die Belegschaft der Bremer Lloyd-Dynamo-Werke (LDW), die zum AEG-Konzern gehört, in einen spontanen Streik. Anlaß war ein ungeheuerliches Schriftstück der Werksleitung. In einem Fragebogen, den die Beschäftigten ankreuzen sollten, hatten sie die „Alternativen", entweder auf die im Tarifvertrag ausgehandelten 250,— DM Nachzahlungsbetrag zu verzichten, oder auf die 3,3 Prozent Lohnerhöhung, auf Überstundenbezahlung oder sie konnten auf eine selbst zu bestimmende Zahl von Urlaubstagen verzichten, u.a.

Auf diesen Versuch, das sowieso schon magere Ergebnis der Tarifrunde zu unterlaufen, reagierten die 650 Kollegen mit Streik. Am nächsten Morgen wurde weitergestreikt, und die Geschäftsleitung machte einen Rückzieher und versicherte, daß das Papier zurückgezogen sei.

## Brinkmann verlagert nach Westberlin

# Aus tausend mach hundert

**Der Tabakkonzern Brinkmann, der ursprünglich seine Bremer Fabrikation ganz schließen wollte, „verlagert" jetzt seine Zigarettenproduktion dahin. So werden in Westberlin „100 neue Arbeitsplätze" geschaffen ...**

100 neue Stellen in Berlin, dafür 1000 weniger in Bremen, für die ganze Unternehmung bekommen Brinkmann und seine Händler rund 70 Millionen in den nächsten vier Jahren. „Berlinförderung" nennt sich das. Bereits vor einiger Zeit, als Kanzler Kohl ganz stolz seine zweite Berlinkonferenz organisieren ließ und auf angebliche neue Arbeitsplätze durch massivste Steuergeschenke hinwies machte der DGB eine Gegenrechnung auf, in der unter anderem auch der Hinweis darauf enthalten war, daß dafür anderswo Arbeitsplätze vernichtet würden.

Bereits einmal hatte Brinkmann eine Teilverlagerung durchgeführt, dabei waren in Bremen 350 Arbeitsplätze vernichtet worden, dieselbe Produktion wurde dann in Berlin von 50 neu Eingestellten gemacht. Auch da hatte es schon eine Reihe von Millionen an Steuergeldern zu kassieren gegeben. Die sogenannte Berlinförderung ist gerade für die Konzerne der Tabakindustrie, bei denen die Frage der Besteuerung eine besonders große Rolle spielt, besonders verlockend. Deshalb wird auch zunehmend alles nach Berlin verlagert.

Für Bremen bedeutet dieser erneute Verlust von über 1000 Arbeitsplätzen einen schweren Schlag, wird doch so die die Stadt ohnehin belastende Arbeitslosigkeit noch höher. Aber auch für diejenigen, die auf den noch — bis 1987 — verbleibenden Arbeitsplätzen in Bremen bleiben, galt es Opfer zu bringen, sie mußten auf einen Teil ihrer Sondervergütungen verzichten. Massenrausschmiß und Lohnverzicht, das ist die Kehrseite der von allen Parteien so bejubelten Berlinförderung — von allen Parteien außer der Berliner Alternativen Liste, die sich gegen eine „Berliner Kirchturmpolitik" wandte und ein Solidaritätsschreiben nach Bremen schickte.

Daß die bremische Landesregierung dem Berlin-Förderungsgesetz im Bundesrat zugestimmt hat, ist ebenso eine Tatsache, wie die bereits seit langem, auch von der SPD, betriebene Berlinförderung — dort finden jetzt „Überlegungen" statt. Bis zum Gedanken der Gegenwehr scheint es aber nicht gereicht zu haben, zumindest, was die Gewerkschaftsführung der NGG betrifft.

# Solidarität mit den britischen Bergarbeitern!

Fortsetzung von Seite 1

die konservative Thatcher-Regierung. Neben massivem Sozialabbau, Begünstigung der Privatunternehmen und restriktiven Gesetzen für Arbeitnehmer fährt sie Geschütze auf, die die Gewerkschaften und nun besonders die NUM in die Knie zwingen sollen: Um Streikbrecher im Betrieb zu halten, setzte die Regierung eine Unzahl von Polizisten ein und scheute dabei nicht die Kosten von 45 Millionen Pfund, die der Einsatz allein bis Mai forderte. In den Streikgebieten werden die Menschen bürgerkriegsähnlich schikaniert, indem sie angehalten, befragt, aus ihren Häusern geholt werden. 4000 Bergarbeiter wurden verhaftet, es gab zwei Tote und Hunderte von Verletzten.

Weiter erließ die Regierung ein Gesetz, das die Gewerkschaften verpflichtet, wöchentlich 15 Pfund Streikgeld zu zahlen. Diese werden — obwohl in Wirklichkeit nicht ausgezahlt — von der Sozialhilfe abgezogen. Die britische Bergarbeitergewerkschaft zahlt keine Streikgelder, um den Ausgang des Streiks nicht an der Streikkasse festzumachen.

Deshalb sind die Streikenden auf die Unterstützung der ganzen Bevölkerung angewiesen. Diese ist groß. Eisenbahner traten zuerst in spontane Proteststreiks gegen die Polizeibrutalität, und inzwischen werden alle Kohletransporte von der Eisenbahnergewerkschaft offiziell boykottiert. Diesem Boykott haben sich jetzt auch die Seeleute und andere Transportarbeiter angeschlossen. Und die Krankenschwestern, für die die Bergarbeiter 1982 insgesamt dreimal in Solidaritätsstreiks getreten sind, unterstützen aktiv die Streikposten der Bergarbeiter. In Schottland wurde ein eintägiger solidarischer Generalstreik durchgeführt. In Hunderten von Betrieben, Schulen und Büros wird Geld für die Streikenden gesammelt und auf Belegschaftsversammlungen haben die Arbeiter einen festen Prozentsatz ihres Wochenlohns für die gesamte Dauer des Streiks den Streiksfonds gespendet. Lebensmittelkonvois in die Bergbaugebiete wurden eingerichtet, da die 140000 Streikenden jede Unterstützung dringend brauchen. Doch mittlerweile hält die konservative Regierung diese durch Polizeieinsatz auf.

McGregors Einschätzung wird bald Wirklichkeit. Es sei denn, die Solidarität mit der britischen Bergarbeitergewerkschaft und mit den unter schwersten materiellen Bedingungen Streikenden nimmt über Großbritannien hinaus konkretere Züge an. Es wird auch in der Bundesrepublik nicht ohne Auswirkungen bleiben, wenn in einem europäischen Nachbarland die Gewerkschaften keine Durchsetzungsfähigkeit mehr besitzen. Die NUM bittet deshalb dringend um finanzielle Unterstützung.

Joe Holmes
President NUM
Kent Area

# Wie verkauft man das „Leber-Menü"? Oder: die „Heldentat eines IGM-Funktionärs ...

## (Korrespondenz aus Stuttgart)

Nachdem der Tarifvertrag unter Dach und Fach ist, scheint es so, als hätten einige IGM-Sekretäre Schwierigkeiten, das Lebermenü zu verkaufen. Ich will hier einmal anhand des Arbeitslosen-Solidaritätskreises der IGM schildern, wie sie das tun ...

Wir sind — bzw. waren — autonom in der IGM. Jeder konnte mitarbeiten, egal ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht. Das ging auch gut, solange wir die Linie der Funktionäre vertraten. Wir unterstützen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche aktiv und machten vor Betrieben, dem Arbeitsamt und in der Fußgängerzone Propaganda dafür. Gleichzeitig wandten wir uns gegen die Spaltung zwischen Arbeitslosen und arbeitenden Kollegen. Jetzt, nach Beendigung des Arbeitskampfes, bekommen wir vom Gewerkschaftssekretär Ludwig Kemeth gesagt, ihr seid aufgelöst, heute seid ihr noch unser Gast ...

Was war denn geschehen?

Am Mittwoch, den 27. Juni, traf sich die Große Tarifkommission von Nordwürttemberg, um eine Entscheidung über den Leber-Schlichtungsspruch zu fällen. Da vielen Kollegen zu diesem Zeitpunkt schon klar war, daß es dabei auf einen faulen Kompromiß hinausläuft, versammelten sich ca. 150 bis 200 Kollegen aus Betrieben wie SEL Stuttgart, Porsche, Behr, Bosch usw. und nicht zuletzt Mitglieder des Solidaritätskreises im Stuttgarter DGB-Haus, um gegen die Verarschung zu protestieren. Sie versammelten sich im Tagungsraum, hatten Transparente und Schilder dabei, forderten den Kampf für die 35-Stunden-Woche fortzusetzen. Nach der Presse wurden auch wir aufgefordert, den Raum zu verlassen, da die GTK in Ruhe tagen können müsse. Als Kompromiß gingen wir dann auf die Empore des Saals. Nach der Rede von Eisenmann — es war zu stärkeren Unmutsbekundungen gekommen, worauf er anfing zu schreien — wurden die verschiedenen Funktionäre aufgefordert, sich um die protestierenden Kollegen ihrer Ortsverwaltung zu „kümmern". Nach langem Hin und Her vertagte sich die GTK gegen 23.30 Uhr auf den nächsten Tag (wo sie dann den Lebervorschlag annahmen).

Am Freitag danach standen wie üblich die Kollegen und auch Mitglieder des Solidaritätskreises vor den Toren von Porsche. Die Kollegen beschlossen, die IGM-Streikzeitung Nr. 69 mit der Überschrift „Das Tabu ist weg", in der dieser Kompromiß verherrlicht wurde, nicht zu verteilen. Stattdessen führten sie erneut Schilder und Transparente gegen diesen Kompromiß, für die Fortsetzung des Kampfes mit. Jetzt kam Ludwig Kemeth und fuhr von Tor zu Tor, nahm sich jeden Kollegen einzeln vor.

Unter anderem sagte er:

- Wir als Arbeitslosenkreis der IGM dürfen nicht mehr vor Porsche auftreten, er verbiete es.
- Seine Toleranz sei zu Ende, wir seien undemokratisch.
- Wir müßten uns ein anderes Betätigungsfeld suchen, wir würden gegen die IGM und ihre Statuten arbeiten, seien gewerkschaftsschädigend. Hier wurde wohl endgültig klar, daß eine Auflösung des Kreises ins Haus steht.
- Wir würden unter dem Deckmantel der IGM unser kommunistisches Süppchen kochen.
- Wir hätten am Mittwoch die „Sprengung der Tarifkommission" politisch gesteuert, es wären überwiegend MLPDler gewesen (was wohl ein Witz war).
- Wir würden Zensur ausüben.

Was zu vermuten war, hat sich dann am 4. Juli bestätigt. Kemeth kam zu uns und sagte, der Kreis so, wie er jetzt besteht, wird aufgelöst, stattdessen soll es eine Arbeitslosengruppe geben, die nur aus IG-Metallern besteht, die er selbst brieflich einladen wolle. Die anderen sollten in ihre Gewerkschaft gehen. Über die gar nicht organisierte Mehrheit des Kreises sagte er nichts und ließ sich auch nicht auf Diskussionen ein. So nach dem Motto „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan ..."

Hier hat er ja wohl gerade das praktiziert, was er uns vorwarf, nämlich wirklich antidemokratisches Vorgehen. Man hat die Meinung der Funktionäre anzunehmen, sonst wird man rausgeschmissen. Was aber auch ein bißchen eine bestimmte Unsicherheit zeigt. Aber solcher Leute Karriere basiert auf der Unterdrückung jeglicher Opposition.

Kemeth hat dabei deutlich angekündigt, er werde alle MLPDler, die in seinem Bereich (Zuffenhausen) bekannt sind, mit allen Mitteln aus der IGM werfen. Das ist seine Art von Demokratie. Der Unvereinbarkeitsbeschluß wird wohl wieder an Bedeutung gewinnen, alle Linken und Oppositionellen sollen stillhalten jetzt, wo bemerkbar ist, daß die Kollegen oft doch etwas dazugelernt haben.

Der Solidaritätskreis wird weiter bestehen, wir werden uns nicht von den Kollegen abspalten lassen, keinen Keil zwischen Kollegen mit und ohne Arbeit akzeptieren. Erst recht jetzt, da man auch sagen kann, daß der Arbeitskampf nicht zuletzt auch auf dem Rücken der Arbeitslosen ausgetragen wurde — zuerst mußten sie als Begründung dafür herhalten, dann ließ man sie fallen ...

**An die Ortsverwaltung der IG Metall Stuttgart Sattlerstraße 1**

# Offener Brief

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 4. Juli 1984 teilte uns Kollege Ludwig Kemeth mit, daß der Arbeitslosen-Solidaritätskreis nicht mehr den Zusatz „der IG Metall" führen dürfe. Als Begründung gab er die Teilnahme von Mitgliedern des Arbeitslosen-Solidaritätskreises an den Protestaktionen gegen den Leber-Abschluß von ca. 150 Kollegen am Mittwochabend des 27. Juni bei der Sitzung der Großen Tarifkommission im DGB-Haus an, sowie die Tatsache, daß Mitglieder des Arbeitslosen-Solidaritätskreises am darauffolgenden Morgen vor Porsche zusammen mit Kollegen des Betriebs für „Nein" eingetreten waren.

Wir bestreiten nicht, daß die IGM-Ortsverwaltung frei ist in ihrer Entscheidung. Wir bestreiten auch nicht, daß die Demonstration am Abend des 27. Juni nicht mit der IGM-Satzung im Einklang war. Aber wir halten die Entscheidung der Ortsverwaltung für falsch und richten einen dringenden Appell an Sie, diese zu revidieren. Aus folgenden Gründen:

- Seit seinem Bestehen vor über einem Jahr war das Konzept des Arbeitslosen-Solidaritätskreises der IGM gewesen, nicht nur arbeitslosen IGM-Mitgliedern offen zu stehen, sondern auch Mitgliedern anderer Gewerkschaften und Nicht-Mitgliedern. Wir meinen, daß dieses Konzept sich bewährt hat. Es gibt keinen Arbeitslosenkreis von Nur-Mitgliedern, der ähnlich erfolgreich war. Der Arbeitslosenkreis der IGM arbeitet seit einem Jahr mit einem festen Stamm von einem Dutzend Mitgliedern im gewerkschaftlichen Sinne. Klar, daß wir uns vor allem für die 35-Stunden-Woche einsetzten. Schließlich war es das Ziel dieses Kampfes, durch Herabsetzung der Arbeitszeit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir organisierten Info-Stände vor den Betrieben, besuchten IGM-Schulungen, nahmen an gewerkschaftlichen Kundgebungen und Mobilisierungen mit eigenen Transparenten teil, setzen uns bei landesweiten Treffs von Arbeitslosengruppen für den Kampf der IGM um die 35-Stunden-Woche ein, vertraten die Arbeitslosen auf IGM-Funktionärskonferenzen ... Vor allem in den Streikwochen selbst waren wir aktiv, verteilten IGM-Flugblätter zusammen mit der ÖTV-Arbeitslosengruppe auf dem Schloßplatz und die Streiknachrichten zusammen mit Porsche-Kollegen jeden Morgen vor dem Betrieb. Wir sind überzeugt, im Sinne der IGM gehandelt zu haben, den Kampf aktiv und initiativ mitgetragen zu haben.

Die Demonstration gegen den Leber-Abschluß am Mittwochabend des 27. Juni bei der Großen Tarifkommission war im wesentlichen eine spontane Aktion von Streikaktivisten. Das ist auch bei der Diskussion in der Tarifkommission von Mitgliedern dieser Kommission deutlich gesagt worden. Es ist schlechter Stil, wenn Gewerkschaftsfunktionäre diese Aktion als von K-Gruppen oder MLPD gesteuert hinstellen. Hat man schon vergessen, daß die Streikposten aller Gewerkschaften, die vor dem Druckhaus in Möhringen ihre Solidarität mit dem Drupa-Kampf ausdrückten, so angeschwärzt wurden von der bürgerlichen Presse?

Klar, die Demonstration im Gewerkschaftshaus war formal eine Disziplinlosigkeit — aber ist es nicht verständlich, daß ein Kampf, der kein „Funktionärsstreik" sein sollte und in dem immer wieder an die Eigenaktivität der Basis und an die Solidarität von anderen Gewerkschaften und darüber hinaus appelliert worden ist, auch solche Wellen schlug?

Niemand, der an dieser Demonstration teilgenommen hat, wurde deshalb belangt — ob einfaches Mitglied, Vertrauensmann oder Betriebsrat. Nur die Kolleginnen und Kollegen des Arbeitslosen-Solidaritätskreises sollen bezahlen müssen?

Einige Mitglieder des Arbeitslosen-Solidaritätskreises halfen drei Wochen lang einigen wenigen aktiven Kolleginnen und Kollegen von Porsche aus, die Streiknachrichten an die Nicht-Ausgesperrten jeden Morgen vor den Toren des Betriebs zu verteilen. Betriebsräte und VKL von Porsche kümmerten sich nicht darum.

Am Morgen des 28. Juni, als die Streiknachrichten den Leber-Kompromiß veröffentlichen, ihn positiv bewerten und zur Ja-Stimmabgabe aufriefen, sagten die Porsche-Kollegen aus Empörung spontan: „Die verteilen wir nicht!" Man hängte sich Schilder um „Nein gegen den Leberkäs" und legte die Streiknachrichten neben sich, so daß jeder sie selbst nehmen mußte. Es war eine Art Protest-Demonstration gegen den Leber-Kompromiß. Ein Protest, wie er überall von aktiven unzufriedenen Kolleginnen und Kollegen geäußert worden ist, in den verschiedensten Formen. Aber nur uns Arbeitslosen wird dies zum Vorwurf gemacht. Nur uns nimmt man übel, daß wir unseren Protest und unsere Empörung so ausgedrückt haben.

Lange hatte die IGM-Ortsverwaltung kritisch angemerkt, daß der Arbeitslosen-Solidaritätskreis kaum Eigeninitiative entwickelt. Als der Arbeitslosenkreis im Streik diese Schwäche überwand, war man froh. Als er aber auch eine eigene Meinung zum Ausdruck brachte, da war's zuviel.

Beim Abschluß von Tarifverträgen im Bezirk NW-NB ist es Tradition, eine „Maßregelungsklausel" in den Vertrag einzufügen: Niemand soll gerichtlich oder sonstwie belangt werden dürfen, weil er in der Hitze des Kampfes aktiver war, als es die Gesetze vorsehen. Aber innerhalb der Gewerkschaftsbewegung — da wird abgerechnet, da wird zugeschlagen und das ausgerechnet gegen eine Gruppe von Arbeitslosen, die aus Solidarität gehandelt und sich eingesetzt hat?

Hier steht mehr auf dem Spiel als die Frage, ob die Entscheidung der Ortsverwaltung angemessen ist oder nicht. Hier steht die Glaubwürdigkeit der IGM auf dem Spiel, die Spaltung der Arbeiterklasse zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen nicht zulassen zu wollen. Vor über 50 Jahren hat die deutsche Arbeiterbewegung schrecklich dafür zahlen müssen, daß sie diese Spaltung zugelassen hat. Mit dem Kampf um die 35 Stunden bewies die IGM, daß sie dieses Problem ernst nimmt und daß sie es anpackt. Viele sehen im Leber-Kompromiß einen „Einstieg in die Spaltung" der Arbeiterklasse. Mit dem Ausschluß des Arbeitslosen-Solidaritätskreises aus der IG Metall können die Zweifel, ob die IGM noch weiter für die Arbeitslosen kämpfen wird, nur zunehmen — eine gefährliche Entwicklung!

Wir im Arbeitslosen-Solidaritätskreis gehen aus von der Überzeugung, daß das Problem der Arbeitslosigkeit in der Marktwirtschaft in den nächsten Jahren sich dramatisch verschärfen wird. Wir gehen davon aus, daß nur gemeinsam gewaltige Anstrengungen der Gewerkschaften das Steuer dieser Entwicklung herumreißen können. Deshalb haben wir unsere Anstrengungen darauf konzentriert, den 35-Stunden-Kampf nach unseren Kräften zu unterstützen. Deshalb haben wir die anderen Arbeitslosen-Initiativen von Baden-Württemberg auf diesen Kampf hin orientiert. Deshalb stand für uns bisher die unmittelbare Hilfe für die Probleme der Arbeitslosen an zweiter Stelle.

Wir appellieren an die IGM-Ortsverwaltung Stuttgart, die notwendigen Schritte zu tun, damit diese Überzeugung bei uns Arbeitslosen nicht zerstört wird! Wir appellieren an sie, den Ausschluß des Arbeitslosen-Solidaritätskreises aus der IG-Metall rückgängig zu machen.

**Arbeitslosen-Solidaritätskreis z. Zt. i. Asyl bei der Ev. Akademie Kniebisstraße 29 7000 Stuttgart 1**

# Aufruf zum Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik

Wir alle kennen die ausländerfeindlichen Kampfparolen, hingeschmiert auf Fabrikmauern, Asylantenwohnheime und an die Türen niedergebrannter ausländischer Lokale und Geschäfte. Sie sind Dokument für den zunehmenden Fremdenhaß und so manche Initiative handelte sich dennoch bei entsprechenden Übermalungsaktionen eine Anzeige wegen Sachbeschädigung ein.

Kein Wunder, daß nun auch noch der 3. Senat des Bundesgerichtshofes feststellte: Parolen wie „Ausländer raus!" und „Türke verrecke" sind weder als Volksverhetzung noch als eine Aufforderung zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen zu werten. Es handele sich hierbei nicht um Straftaten, sondern nur um deren Gutheißung. Im Gegensatz zu entsprechenden antisemitischen Sprüchen fehle es an „allgemein bekannter geschichtlicher Erfahrung". Die Nachricht ging durch den gesamten Zeitungswald: Das Gericht verkündete im Mai dieses Jahres seinen Freispruch für einen in Regensburg verurteilten Neofaschisten.

Wir wissen, daß Ausländerfeindlichkeit mehr ist als die Aktivität einiger neofaschistischer Gruppen, daß es sich um mehr handelt, als die herablassende Arroganz mit der so viele Deutsche die eigene Kultur und hiesige Gewohnheiten zum einzig gültigen Maßstab erklären.

Ausländerfeindlichkeit ist auch nicht „nur" der Fremdenhaß, mit dem die ausländische Bevölkerung tagtäglich, und bei zunehmend schwieriger werdender Wirtschaftssituation in immer schlimmeren Formen, zu kämpfen hat.

**Ausländerfeindlich nennen wir vor allem, Hunderte von Paragraphen und Verwaltungsbestimmungen, die 4,5 Millionen Menschen in politischer, sozialer und rechtlicher Hinsicht zu „Menschen zweiter Klasse" erklären, die jede Aussicht auf eine planbare Lebensperspektive und einen gesicherten Daueraufenthalt systematisch blockieren!**

Das oben beschriebene Urteil ist nur ein Beispiel dafür, wie Rechtsentscheide, sowie das offizielle Gerede über „Überfremdung", „Ausländerschwemme" und „Gesundschrumpfung" in Politikerreden und Zeitungskommentaren ausländerfeindliche Tendenzen verharmlosen, schüren oder begünstigen. Mit entsprechenden Reden und staatlichen Diskriminierungsmaßnahmen werden Ausländer/innen gezielt benachteiligt, ausgegrenzt und diffamiert, zum „Sündenbock Nr. 1" erklärt und einem Ausländerrecht unterworfen, das laut Paragraph 2 ihre hiesige Existenzberechtigung abhängig macht „von den Interessen und Belangen der Bundesrepublik Deutschland". Doch mehr noch:

**Ausländerfeindlichkeit ist Regierungsprogramm:**

Das erklärte Ziel der Bundesregierung lautet, bis 1990 die Anzahl der hier lebenden Ausländer/innen um die Hälfte zu reduzieren.

Für den Herbst dieses Jahres ist damit zu rechnen, daß die Regierung den Entwurf zu einem neuen Ausländerrecht in den Bundestag einbringen wird. Seit Herausgabe des sogenannten „Zimmermann-Papiers" im Frühjahr 1983 sind entsprechende Vorschläge in Arbeit. Das Ziel lautet: Generelle Verschärfung aller ausländerrechtlichen Bestimmungen!

Schwerpunkte werden gesetzt:

- auf dem Gebiet der Zuzugsregelungen (Familiennachzug)
- bei der Verschärfung aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen
- sowie bei der Erleichterung von schnellen Ausweisungs- und Abschiebebedingungen

Allein die lange Diskussion um die entsprechenden Vorhaben zeitigt in Ämtern und Behörden bei der Behandlung jetziger „Fälle" schon entsprechende Signalwirkung, aber dies gilt auch für Ausländerinnen und Ausländer selbst:

So ließen sich in Duisburg 900 Familien abspeisen mit lächerlichen betrieblichen Abfindungssummen und der ohne Arbeitgeberanteil ausgezahlten Sozialversicherung. Mit ein paar tausend Mark in der Tasche lösten sie ihre Haushalte auf und hinterließen einen menschenleeren Stadtteil. Nach dem Motto „besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach" packten sie auf der Flucht vor Massenarbeitslosigkeit und verstärkter Ausländerfeindlichkeit ihre Koffer und traten die teure Reise in eine vollkommen ungewisse Zukunft ins Herkunftsland an.




**Arbeitsplätze durch Ausländerhetze?**

Die verlassenen Arbeitsplätze fielen der voranschreitenden Krise zum Opfer, nicht deutsche Kolleginnen und Kollegen, sondern Kollege Computer zog lachend in die Betriebshallen ein. Die Rationalisierungsmaßnahmen können weitergehen.

**Die Durchsetzung der geplanten Gesetzesverschärfungen muß verhindert werden!**

Sie bedeutet nicht nur für Ausländer/innen einschneidende Verschlechterungen. Der Abbau sozialer und demokratischer Rechte wird über die Behandlung der Ausländer/innen eingeführt — weitere Angriffe gegen Frauen, Jugendliche, Arbeitslose usw. werden folgen. **Betroffen sind wir alle!**

Und **alle** sollen auch wissen, von welchen Zwangsmaßnahmen schon heute ihre ausländischen Nachbarn betroffen sind, was ihnen morgen droht:

- So haben wir unseren Freund Cemal Kemal Altun nicht vergessen. Er stürzte sich aus dem Fenster in den Tod, weil er mitten in West-Berlin Angst haben mußte vor der Folter in türkischen Gefängnissen. Politische Flüchtlinge können auch danach nicht mit einer demokratischen Asylpraxis rechnen. Stattdessen werden sie als „Wirtschaftsflüchtlinge" verunglimpft und in menschenunwürdigen Sammellagern zusammengefaßt und abgeschottet. Von einem Land, das sich noch gut an die Tausende von Deutschen erinnern müßte, die der Hitler-Faschismus als politische Flüchtlinge in der Welt umherirren ließ, wäre ganz anderes zu erwarten!
- So muß unsere Freundin Aslye ständig mit der endgültigen Ausweisung rechnen, so wie so viele ausländische Frauen. Obwohl sie keine Sozialhilfe beantragt, was schon heutzutage rechtlich abgesicherter Abschiebegrund für Ausländer/innen ist, kämpft sie gemeinsam mit einem Berliner Frauenhaus bisher umsonst für ihr eigenständiges, vom Manne unabhängiges Aufenthaltsrecht. Stattdessen lautet die frauen- und ausländerfeindliche Ausweisungsbegründung deutscher Behörden, daß der „Zweck des Aufenthalts", nämlich „Familienzusammenführung", nach dem Verlassen durch den Ehemann nicht mehr existiere.
- So werden Ausländer/innen schon heute bei der Arbeitssuche diskriminiert durch Erteilung einer Arbeitserlaubnis nach „Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes" und durch das Arbeitsförderungsgesetz, das die bevorzugte Stellenvermittlung an Deutsche, vor EG- bzw. Nicht-EG-Ausländer/innen bestimmt. So gilt schon heute Sozialhilfebezug, auch nach Krankheit oder Arbeitsunfall, als Abschiebegrund und soll künftig bereits der Bezug von Arbeitslosenhilfe ausreichen.
- So wird Ausländerinnen und Ausländern, von denen mehr als die Hälfte schon länger als 15 Jahre hier lebt und arbeitet, nicht nur das Wahlrecht in jeder Form weiterhin vorenthalten. Stattdessen werden 184000 Ausländer/innen, zum Teil Mitglieder europäischer Regierungsparteien, als Extremisten geführt und unterliegt gerade die politische Betätigung einer besonderen Einschränkung und Kontrolle. Hier konzentrieren sich die neuen Gesetzesvorschläge ganz besonders auf neue und verstärkte Disziplinierungsmöglichkeiten bis hin zu sofortigen und politisch bedingten Ausweisungsmöglichkeiten bei „verbotener politischer Betätigung".
- So soll mit den neuen Bestimmungen das Nachzugsalter für Kinder drastisch gesenkt werden, soll der Nachzug von Ehepartnern, schon heute rigiden Bestimmungen unterworfen, durch festgelegte Quoten begrenzt werden. So soll sich an den Universitäten eine „Ausländer-raus-Politik" durchsetzen, indem ausländische Studentinnen und Studenten einer niedrig angesetzten Regelstudienzeit unterworfen werden, deren Überschreitung automatisch und ohne Einschränkungen zur Beendigung der Aufenthaltserlaubnis führt.

**Wir meinen:** Wenn wir die Verteilung der Arbeit auf alle Hände fordern, so müssen damit auch die Hände griechischer, türkischer, italienischer, spanischer, jugoslawischer und portugiesischer Kolleginnen und Kollegen gemeint sein.

**Wir meinen:** Die politische Entrechtung und Entmündigung der ausländischen Bevölkerung muß beendet werden. Denn wer will uns garantieren, daß es nicht gerade Innenminister Zimmermann sein könnte, der das Streikpostenstehen, Demonstrationen gegen Aussperrungsmaßnahmen und Aktionen der Friedensbewegung zur verbotenen politischen Betätigung und damit zum Ausweisungsgrund erklärt.

**Wer die Solidarität der Ausländer/innen nicht aufs Spiel setzen will — wer keine Streikbrecher aus Angst riskieren möchte — der muß sich jetzt und heute für einen gesicherten und gleichberechtigten Daueraufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern einsetzen! Dies wollen wir tun: Unterstützt den „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik"!**

Unter dem Motto: **„Wir lassen uns nicht spalten — Deutsche und Ausländer, gleiche Rechte — Keine Verabschiedung der neuen Ausländergesetze"** werden wir gegen Ende September als zwei Kerngruppen in Hamburg bzw. München aufbrechen, um bis zur Abschlußaktion am 13. Oktober in Köln durch die ganze Bundesrepublik zu ziehen. Die „Marschierergruppen", zusammengesetzt aus direkt Betroffenen, Mitgliedern der Initiativen, „Prominenten" und begleitenden Künstler- und Kulturleuten, werden als ein bunter und phantasievoller Autokorso ihre Route bestreiten.

In verschiedenen Städten werden Initiativen und Bündnisse den Marsch mit Aktionen und Veranstaltungen empfangen, um dem Marsch gemeinsam erarbeitete lokale Dokumentationen über die Ausländerfeindlichkeit am Ort zu überreichen und mitzugeben.

Diese Dossiers werden die Grundlage abgeben für eine „Anklageschrift", die auf einem großen Tribunal im Rahmen der Kölner Abschlußveranstaltung öffentlich diskutiert und zusammengefaßt werden soll.

In Köln wird der Marsch, nachdem sich die Gruppen in Bonn am Vorabend getroffen haben, am 13. Oktober morgens mit einer politischen Demonstration empfangen. Nach Abschluß des Tribunals wird die Aktion mit einer Kulturveranstaltung am Abend ihr Ende finden.

**Das Ziel der Aktion ist es:**

- **das tatsächliche Ausmaß von Ausländerfeindlichkeit und staatlicher Benachteiligung öffentlich zu machen;**
- **über alltägliche Diskriminierung und die geplanten Gesetzesverschärfungen zu informieren;**
- **für unsere Forderung nach gleichen Rechten für Ausländer/innen und Deutsche sowie entsprechende konkrete Umsetzungsmöglichkeiten (z. B. das in der Diskussion befindliche „uneingeschränkte Niederlassungsrecht") öffentlich zu demonstrieren.**

**Hiermit rufen wir auf zur Unterstützung dieser Aktion!**

- Informiert Euch, ob der Marsch auch durch Eure Stadt kommen wird bzw. soll!
- Bildet Initiativen und Bündnisse, um den Marsch gebührend in Eurer Stadt zu empfangen und Eure Situation vor Ort zu schildern!
- Überlegt Euch, ob ihr als Einzelpersonen, Jugendgruppen, Vereine, Kulturinitiativen, Gewerkschaftsgruppen, Frauentreffs usw. beitragen könnt bei der Zusammenstellung und Stärkung der „Marschierergruppen", ob ihr Euch beteiligen könnt und wollt!
- Tretet heraus aus Isolation und Vereinzelung, indem ihr auch als Einzelpersonen das Büro des Frankfurter Appells als Informationssammelstelle benutzt, Eure persönlichen Erfahrungen und Probleme, nach Möglichkeit schriftlich, vortragt, und so bei der Erstellung der Anklageschrift behilflich seid. (Anonymität wird auf Wunsch zugesichert!)
- Unterstützt den Marsch durch direkte materielle, organisatorische und finanzielle Hilfe!

## Unterstützt den Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik!

**Die Vorbereitung des Marsches gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik, der sich unter dem Motto „Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche" vor allem gegen die von der Bundesregierung geplante weitere Verschärfung der Ausländergesetzgebung richtet, ist endgültig in die „heiße Phase" eingetreten. Die Marschsäulen im Norden und im Süden stehen im wesentlichen, die Stationen stehen fest, fest stehen in den grundlegenden Einzelheiten auch bereits die vielfältigen abschließenden Aktivitäten am 13. Oktober in Köln. Zahlreiche deutsche und ausländische Künstler haben sich dazu angesagt, auf der Abendveranstaltung treten unter anderem die Gruppe BAP, Melike Demirag, Titti Winterstein und andere auf. Beim Empfang der Marschgruppen am Vormittag spielen zum Beispiel die Bläck Fööss. Und entgegen mancher umlaufender Gerüchte und Fehlmeldungen hat der Trägerkreis des Marsches eine Breite erreicht, die nicht nur seine Durchführung sicherstellt, sondern auch ein echtes und ernstzunehmendes Bündnis von Organisationen, Initiativen und Parteien unterschiedlicher Weltanschauung, Arbeitsgebiete usw. darstellt. Wir rufen an dieser Stelle nochmals alle Leser unserer Zeitung, alle Genossen unserer Partei (gefordert sind in besonderem Maße die Ortsgruppen in den Städten, durch die der Marsch kommt, darüber hinaus sind durchaus auch noch Meldungen von Mitmarschierern erwünscht) und alle Gegner der Ausländerfeindlichkeit und der Zimmermannschen Politik auf, diesen Marsch zu unterstützen.**

Einige Verunsicherung hatte bei verschiedenen Initiativen ein an mehr als 200 Adressen verschicktes Schreiben des Vorstandes der Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateter Frauen (IAF) hervorgerufen, in dem dieser Verband seinen Ausstieg aus dem Marsch und seiner Vorbereitung bekanntmacht und begründet. (Die IAF hat sich übrigens keineswegs generell aus dem Frankfurter Appell und der Frankfurter bundesweiten Koordination zurückgezogen). Die IAF begründeten ihren Schritt im wesentlichen damit, daß das Spektrum der den Marsch vorbereitenden Organisationen politisch zu eng — sprich: zu links — gefaßt sei, daß die notwendige Breite nicht gegeben sei und daß das Projekt dem Zustandekommen einer einheitlichen Widerstandes gegen Ausländerfeindlichkeit eher schaden könne. Empfohlen wird weitere Kleinarbeit an den Orten. Wir halten die Darstellung der IAF nicht für richtig. Wir meinen, daß eine deutliche politische Demonstration der bundesweiten Ablehnung vor allem der Zimmermannschen Pläne not tut, auch zu diesem Zeitpunkt not tut. Sie steht einer örtlichen Kleinarbeit ja in keiner Weise entgegen. Der ganze Marsch fußt auf der Aktivität von Organisationen, die tagtäglich vor Ort in verschiedener Weise tätig sind. Daß der Marsch dabei inzwischen auch eine Anziehungskraft auf Organisationen und Parteien entwickelt hat, die dieser Arbeit bisher weniger Gewicht beigemessen haben, ist eine Entwicklung, die nur positiv zu werten ist.

Zu den unterstützenden politischen Organisationen gehören bisher neben anderen:

Alternative Liste Berlin-Kreuzberg, Arbeiterwohlfahrt Hessen Süd, ATIF, ASTA Uni Mainz, ASTA FH Gießen, ASTA Ausländerreferat Dortmund, Die Grünen Landesverband NRW, GAL Hamburg, Zeitschrift „Die Brücke", GIM, OIDA (Iranische Demokraten im Ausland), DKP, FIDEF, DIDF, Ökumenischer Arbeitskreis für Ausländerfragen, AKSA (Kurdische Studenten im Ausland), Dev. Yol. München und Darmstadt, IAF Bremen, EG Westberlin, Humanistische Union Westberlin, MLPD Westberlin, Gesellschaft Griechischer Wissenschaftler, SDAJ, SJD Die Falken, Jusos, Landesschülervertretung NRW, Marokkanischer Arbeiterbund BRD, Kölner Flüchtlingsrat, Kölner Appell, Volksfront. Und sebstverständlich und von Anfang an auch unsere Partei, die KPD. (Diese Liste ist sicher noch unvollständig! Mit der Aufzählung der zahlreichen örtlichen Initiativen und Aktionsbündnisse wollen wir hier gar nicht erst beginnen.)

Und so sieht der **Terminplan für die Marschsäulen** aus:

**Norden:**
29.9. Auftaktveranstaltung Westberlin
1.10. Hamburg
2.10. Bremen
3.10. Hannover
4.10. Bielefeld
5.10. Münster
6.10. Dortmund
7.10. Ruhetag
8.10. Witten/Bochum
9.10 Gelsenkirchen/Essen
10.10. Mühlheim/Duisburg/Oberhausen
11.10 Krefeld/Düsseldorf
12.10. Bonn (Zusammentreffen der beiden Marschsäulen)
13.10. Köln

**Süden:**
29.9. Auftakt in München
30.9. Nürnberg
1.10. Heilbronn
2.10. Schwäbisch Gmünd
3.10. Ulm
4.10. Pforzheim
5.10. Stuttgart
6.10. Mannheim/Heidelberg
7.10. Darmstadt
8.10. Wiesbaden
9.10. Frankfurt
10.10. Gießen
11.10. Kassel
12.10. Bonn
13.10. Köln

Wir werden in den nächsten Ausgaben des RM noch weiter auf den Marsch eigehen. Hier zum Schluß noch ein Termin und eine Adresse:

Die neue Anschrift des Koordinationsbüros Frankfurter Appell lautet: Kirchgasse 6 a, 6000 Frankfurt/M., Tel.: (0611) 700822.

Das nächste Treffen des bundesweiten Koordinationsausschusses findet statt am Wochenende 25./26. Oktober in Frankfurt, voraussichtlich ab 13 Uhr im Affentorhaus.

Der Fall Lepzien in Niedersachsen

# Wem nützen die V-Leute des Verfassungsschutzes?

**Am 29. Juni verließ Hans-Dieter Lepzien vorzeitig das Gefängnis Wolfenbüttel. Alt-Bundespräsident Carstens hatte als eine seiner letzten Amtshandlungen ein Gnadengesuch für den 1980 im Prozeß gegen die faschistische „Otte-Bande" verurteilten Mann unterzeichnet. Betreiber des Gnadengesuchs: das niedersächsische Amt für Verfassungsschutz.**

Die Fernsehsendung Monitor und der niedersächsische Landtagsabgeordnete Holtfort nahmen die Haftentlassung von Lepzien zum Anlaß, um die Tätigkeit des Verfassungsschutzes in der Neo-Naziszene einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn Lepzien, früher NPD-Mitglied, war seit 1976 ein sogenannter V-Mann des Verfassungsschutzes. Was durch Monitor und den Sozialdemokraten Holtfort ans Tageslicht kam, ist ein politischer Skandal erster Güte.

**Die Fakten:** Lepzien sollte für den Verfassungsschutz in der Neo-Naziszene tätig werden. Bei seiner Einstellung als V-Mann wurde er — wie üblich — allgemein ermahnt, keine Straftaten zu begehen. Ausdrückliche Ausnahme — die Einfuhr von neonazistischer Literatur, wenn sie zur Informationsbeschaffung nötig sei. Über Sprengstoffdelikte, hieß es, müsse von Fall zu Fall gesprochen werden.

Lepzien reiste dann mit verschiedenen Mitgliedern der Gruppe, der er beitrat, nach Belgien, England, Dänemark und in die Schweiz. Der Zweck der Auslandsreisen war unterschiedlich.

Es ging um die Herstellung und Festigung von Auslandskontakten. Es ging um den Import von faschistischer Literatur: 40000 Aufkleber, 1000 Plakate und 5000 Exemplare des „Völkischen Beobachters" wurden im fraglichen Zeitraum eingeführt. Lepzien besorgte die Fahrzeuge und rechnete auch die Fahrtkosten z.T. mit dem Verfassungsschutz Niedersachsen ab. Holtfort dazu: „Der Steuerzahler finanzierte die Einfuhr der Nazi-Schriften."

Es ging aber auch um die Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen. Lepzien besorgte aus der Schweiz Sprengstoff, und ließ drei Sprengsätze bauen. Zwei davon gingen im Herbst 1977 an Justizgebäuden in Hannover und Flensburg hoch. Den dritten übergab Lepzien in seiner Wohnung dem berüchtigten Neonazi Michael Kühnen. Ein Jahr später überredete Lepzien den Neonazis Otte aus Braunschweig, ihm eine große Bombe abzukaufen, die im jüdischen Gemeindezentrum in Hannover hochgehen sollte. Zu dieser Aktion kam es allerdings nicht. Die Polizei wurde informiert, der Anschlag verhindert. Ein Erfolg des V-Mannes Lepzien, wie der Leiter des Verfassungsschutzes Niedersachsen und der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff erklären.

Von den beiden Sprengstoffanschlägen im Herbst 1977 haben sie angeblich nichts gewußt, wie sie heute sagen. Und das, obwohl nachweislich der Westberliner Verfassungsschutz mehrmals seine niedersächsischen Kollegen auf einschlägige Aktivitäten von Lepzien aufmerksam machte. Daß Verfassungsschutz und Innenministerium in diesem Fall leugnen, was eigentlich nicht zu leugnen ist, hat rechtliche, vor allem aber politische Gründe. Denn die beiden Anschläge im Herbst 1977 wurden damals sog. Linksextremisten in die Schuhe geschoben, was auch von den Attentätern selbst so geplant war. Eine Propagandalüge, die nie zurückgenommen wurde, obwohl Verfassungsschutz und Innenministerium ja zumindest nachträglich die Wahrheit kannten.

Nach den Informationen von Monitor und Holtfort aber sieht die Sache natürlich noch einmal ganz anders aus. Nämlich so, daß der Verfassungsschutz selbst — über seinen V-Mann Lepzien — für die Sprengstoffanschläge gesorgt hat, die man brauchte, um die „Terroristenhysterie" im Jahre 1977 anzuheizen!

Auch von der Masseneinfuhr faschistischen Propagandamaterials will man heute im Innenministerium in Niedersachsen nichts mehr wissen. Ein Dementi, das ebenfalls sehr unglaubwürdig ist, weil die wesentliche Informationsquelle, auf die sich sowohl Monitor wie auch der Abgeordnete Holtfort stützen, die Einlassungen des Verfassungsschutzes Niedersachsen im Prozeß gegen Lepzien im Jahre 1980 sind.

Bleibt noch anzumerken, daß der niedersächsische Verfassungsschutz es auch nicht für nötig hielt, andere Staaten über die internationalen faschistischen Kontakte, die da geknüpft wurden, zu informieren. Die Souveränität dieser Länder sei nicht beeinträchtigt worden, heißt es! Daß zumindest Dänemark das anders sieht und scharfen Protest angemeldet hat, stört bisher weder die Regierung in Niedersachsen noch die in Bonn.

Der Fall Lepzien hat die Debatte um die V-Leute des Verfassungsschutzes und der Polizei und um den sog. „under-cover-Agenten" erneut angeheizt. In dieser Debatte geht es vor allem darum, ob V-Leute Straftaten begehen dürfen oder nicht, eine Forderung, die ein Ausschuß der Länderinnenminister seit einiger Zeit erhebt. Natürlich muß dieser Legalisierung der Verfassungsschutzkriminalität entgegengetreten werden. Der Fall Lepzien aber sollte in erster Linie politisch diskutiert werden. Denn ohne Lepzien und seine Auftraggeber gäbe es ein Stück Neonazismus weniger. Das liegt eindeutig auf der Hand. Eine politische Diskussion des Falles Lepzien kann deshalb nicht dabei stehenbleiben, rechtsstaatliches Verhalten von Verfassungsschützern und V-Leuten zu fordern. Einen Verfassungsschutz, der den Neonazismus aktiv fördert, brauchen wir nicht. Der Verfassungsschutz muß aufgelöst, der Kampf gegen den Neonazismus muß politisch geführt werden — mit klaren gesetzlichen Regelungen. Nur dann kann er Erfolg haben.

Hannover:

## Keine Chance für Neonazis

**Durch eine Blockade ihrer Tagungslokale, an der sich rund 250 antifaschistische Demonstranten beteiligten, konnte am Samstag, 28.7., in Hannover die Gründung eines niedersächsischen Landesverbandes der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) verhindert werden.**

Zu der Blockade hatte eine Aktionseinheit verschiedener Organisationen aufgerufen, darunter auch die KPD und die Volksfront. Außerdem beteiligten sich der Landesschülerrat, die Jugend der IG Druck und Papier, der Asta der PH Hannover und andere.

Die Neonazis hatten zunächst geplant, sich in einer Kneipe im Stadtteil Kleefeld zu treffen. Wegen der Blockade und weil der Wirt seine ursprüngliche Zusage inzwischen zurückgezogen hatte, ging das aber daneben. Die FAP hatte deswegen heimlich ein anderes Versammlungslokal angemietet. Aber auch das war schnell bekannt, die Antifaschisten organisierten einen Autokonvoi und ehe die Faschisten eingetroffen waren, war das Ausweichlokal bereits blockiert. Die trüppchenweise eintrudelnden Nazis mußten abdrehen und fuhren erschreckt davon.

Die FAP ist eindeutig eine Nachfolgeorganisation der bundesweit verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) des Michael Kühnen. Die bisher nur als rechtsradikale Kleinstpartei in Baden-Württemberg existierende FAP wird seit Februar von der Kühnen-Bande als legale Hülle benutzt. Auch in Hannover waren stadtbekannte Aktivisten der ANS/NA an dem Gründungsversuch beteiligt. Schon im Mai und im Juni waren geplante Kreisverbandgründungen der FAP in Dillenburg und Marburg von antifaschistischen Demonstranten verhindert worden.

Angesichts dieser Zusammenhänge forderten die Demonstranten das Verbot der FAP und bekräftigten die Forderung nach dem Verbot aller deutschen und ausländischen faschistischen Organisationen.

## *Faschisten raus!*

***Am 4. August soll in Hannover ein schon länger geplantes Treffen von Punkern stattfinden.***

***Faschistische Skinheads haben inzwischen bundesweit dazu aufgerufen, das Treffen der Punker zu überfallen. An der terroristischen Aktion wollen sich auch eine Reihe neonazistisch unterwanderter Fußball-Fan-Clubs wie die berüchtigte Borussenfront aus Dortmund sowie andere neonazistische Schlägerbanden beteiligen.***

***Es ist also zu befürchten, daß Hannover am 4. August zum Treffpunkt aller möglichen neonazistischen Banden wird.***

***Um dem entgegenzutreten, werden die hannoverschen Antifaschisten an diesem Tag Aktionen gegen die faschistischen Schläger durchführen.***

***Um 11.30 Uhr beginnt auf dem Opernplatz in Hannover eine antifaschistische Kundgebung. Wir rufen alle Antifaschisten auf, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen.***

Vor der „Endlösung" der Hausbesetzerfrage in Westberlin?

# Polizei räumte KuKuCK in Westberlin

**Aus „prinzipielle Erwägungen" — so die Westberliner CDU — wurde Ende Juli das „Kunst- und Kulturzentrum" in Kreuzberg von der Polizei geräumt. CDU-Innensenator Lummer zeigte sich äußerst befriedigt darüber, daß Berlin nun ein kulturelles Zentrum weniger hat. Wenn es nach ihm geht, dann soll die Räumung des „KuKuCK" auch das Ende der zehn anderen besetzten Häuser, die es heute in Berlin noch gibt, einläuten.**

Das KuKuCK existiert sei drei Jahren. Weit über 1000 Veranstaltungen fanden in dieser Zeit in den besetzten Gebäuden statt. Die letzte Veranstaltung, eine Ausstellung von Graphiken, fand durch das Eindringen der Polizei am 24. Juli ein jähes und gewaltsames Ende.

Schon seit Monaten hatte der Westberliner CDU-Senat die Räumung vorbereitet — und zwar auf eine ganz besonders christliche, demokratische und soziale Art und Weise.

So hatten sich Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung in Kreuzberg wiederholt mehrheitlich für den Erhalt des KuKuCK eingesetzt. Es hatte auch die Absicht bestanden, das Kulturzentrum zu legalisieren. Auf die Westberliner Senatsmehrheit machte das aber wenig Eindruck. Und als der zuständige Bezirksbaurat von Kreuzberg, Orlowsky, am 24.7. das KuKuCK betreten wollte, verweigerte ihm die Polizei zunächst schlicht und einfach den Zutritt. Anwesende CDU-Politiker dagegen durften anstandslos eintreten.

Um die Sympathie für das KuKuCK politisch zu untergraben (und vor allem wohl Sozialdemokraten abzuschrecken) waren in den letzten Monaten verschiedene Verleumdungskampagnen gegen das KuKuCK inszeniert worden. Anfang Juni wurden den Besetzern „terroristische" Aktivitäten unterstellt, die Staatsanwaltschaft bekam den Verdacht, daß es Aufforderungen zu strafbaren Handlungen gäbe. Eine Durchsuchung war fällig. Nach dem gleiche Strickmuster waren die Räume des KuKuCK bereits im Frühjahr durchsucht worden. Und — nach bewährtem Rezept — hatte Justizsenator Oxfort (FDP) auch jetzt, zwei Wochen vor der Räumung, Verbindungen zur RAF unterstellt.




Von besonderem Erfolg waren diese Propagandakampagnen allerdings nicht gekrönt. Die Empörung über die Räumung war groß. Kommentar aus den Reihen der SPD: eine politische Schweinerei.

Um die Räumung durchsetzen zu können, mußte die Berliner CDU aber in diesem Fall nicht nur gegen die Kreuzberger Bezirksvertreter, und gegen die demokratische Öffentlichkeit kämpfen, sondern auch gegen den Besitzer der besetzten Gebäude. Der weigerte sich nämlich, den für die Räumung unerläßlichen Strafantrag zu stellen. Also mußte ein neuer Besitzer her. Vorher mußte dem alten Besitzer Wesenburg allerdings erst noch klargemacht werden, daß er verkaufen wollte. Kein Problem für den Berliner Senat. Schließlich gibt es die landeseigene Berliner Bank. Und da Wesenburg mit hohen Hypotheken belastet war, erreichte die Bank relativ schnell, was der Senat wollte. Wesenburg war bereit zu verkaufen. Der erste Käufer erwies sich allerdings als völlig mittellos. Inzwischen allerdings wurde ein Käufer gefunden. Die heiß begehrte Strafanzeige kam endlich auf den Tisch.

Zwar fehlt noch die Baugenehmigung, die eigentlich schon zum Zeitpunkt der Räumung hätte vorliegen müssen. Aber die ist dem Bauherrn heute schon sicher. Senatsdirektor Krause: das sei nur ein „formaler Akt".

Und so ist Berlin nicht nur um einen Sündenpfuhl ärmer, sondern auch um ein Beispiel politischer Moral reicher geworden: legal-illegal-scheißegal, wenn es nur dem christsozialen Spießertum nützt.

## *Die Tour der tausend Unterschriften*

### Korrespondenz

Fahrradfahren bringt Spaß, und Fahrradfahren für eine gute Sache bringt doppelt Spaß — so hatten wir die Fahrradtour der Volksfront unter dem Motto „Kommunales Wahlrecht für Ausländer" angekündigt und für sie geworben. Nach Abschluß der Tour läßt sich diese Behauptung nur bestätigen, und die Fahrt von Paderborn über Herford, Bielefeld, Münster, Recklinghausen und Essen nach Dortmund hat uns nicht tot, sondern nur härter gemacht...

Aber das ist natürlich nicht das einzige, was es darüber zu berichten gibt. Spaß haben und als Volksfrontler aus verschiedenen Städten mal was zusammen machen — die Radler/innen kamen aus Dortmund, Detmold, Lippstadt und Bielefeld —, das war die eine Sache. Zum Ziel gesetzt hatten wir uns allerdings auch, die Unterschriftenkampagne des Verbandes der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit (VIA) NRW für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer breiter bekanntzumachen, unsere Ortsgruppen und befreundete Initiativen zu veranlassen, selbst aktiv (bzw. aktiver) zu werden und einige hundert weitere Unterschriften unter die VIA-Listen beizusteuern. All das ist gelungen.

In den genannten Städten hatten die örtlichen Volksfront-Gruppen, zum Teil zusammen mit anderen, Stände angemeldet, sie haben uns empfangen, mit uns zusammen gesammelt und Informationsmaterial verteilt — vor allem das Volksfront-Flugblatt zum Thema — und uns, wie in Paderborn und Recklinghausen, zu Veranstaltungen bzw. Seminaren eingeladen. Durch unsere Tour sind Aktivitäten initiiert worden, die sonst so nicht stattgefunden hätten. Und was die Sammelei betrifft — im „schwarzen" Paderborn starteten wir mit etwa siebzig, gesammelt in rund zwei Stunden am Stand; zum Ziel gesetzt hatten wir uns im Schnitt jeweils 100 Stück; am Ende hatten wir mehr als 1200 beisammen. Und das ist schließlich nicht schlecht und dürfte auch den VIA gefreut haben, der übrigens unser Vorhaben sehr begrüßt hat. Auch hier sind Kontakte gefestigt worden.

Ein Mangel, und zwar ein ernstzunehmender Mangel, der um so ärgerlicher ist, weil er völlig überflüssig war, ist die Pressearbeit gewesen. Diese war so gut wie gar nicht vorhanden, das heißt, in den Städten wurden nicht, wie eigentlich abgesprochen, die Zeitungen informiert. Das konnten wir selbst während der Fahrt nicht mehr zufriedenstellend ausbügeln. Man hätte sonst sicherlich noch mehr Resonanz erzielt. An den Ständen selbst hatten wir immer zahlreiche fruchtbare Diskussionen und haben in dem gegebenen Rahmen ganz erfolgreich für unser Anliegen geworben.

Auch im Olympiajahr sind es also nicht nur die Goldmedaillen für Radfahrer, die zählen und beachtet werden sollten...

## Regierungsumbildung in Frankreich

# Das Scheitern einer revisionistischen Politik . . .

## Scherbengericht auf dem KPF-Parteitag?

In der neuen französischen Regierung gibt es seit dem 19. Juli keine Minister mehr, die der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) angehören. In einer Nachtsitzung des Zentralkomitees der PCF wurde beschlossen, daß die Partei die Regierungskoalition mit der Sozialistischen Partei Frankreichs (und anderen kleinen Gruppierungen) beendet. Der neue Ministerpräsident Fabius und sein Haushaltsentwurf für 1985 böten keine Grundlage dafür, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu führen, so lautete die offizielle Begründung für diesen Schritt. 37 Monate lang war eine Partei, die sich kommunistisch nennt, Regierungspartei in einem großen westeuropäischen Land — Grund genug, sich die Entwicklung dieses Zeitraums und die Ergebnisse sowohl für die PCF als auch vom marxistischen Standpunkt aus näher zu betrachten.

### Es begann mit Jubel . . .

Viele werden die Bilder im Mai und Juni 1981 gesehen haben, die da aus Frankreich kamen: Hunderttausende von Menschen beteiligten sich an Freudendemonstrationen, ein Meer von roten Fahnen, Lachen, Tanzen, Freude. Die Hoffnungen waren groß, die sich an diesen Wahlsieg knüpften. Vor allem unter der Arbeiterschaft und der Jugend, die in erster Linie diesen Sieg errungen hatten. Damals („Roter Morgen" 21/81) schrieben wir, daß entscheidend an diesem Vorgang nicht sei, welchen Namen die erfolgreichen Parteien hätten, sondern daß, in der Tat, das Programm der 110 Punkte der (1972 geschaffenen, 1977 aufgekündigten, 1981 wiederhergestellten) Linksunion inhaltlich weitaus radikaler sei als etwa jenes Wahlprogramm, mit dem in der BRD 1969 Willy Brandt gewählt worden war. Unter diesen Punkten waren hauptsächlich die Versprechungen, Hunderttausende neuer Arbeitsplätze zu schaffen und ein neues Mediengesetz zu verabschieden, wichtig und wirksam gewesen.

Nicht nur in Frankreich waren an diesen Wahlsieg viele Hoffnungen geknüpft: Auch in der Bundesrepublik etwa vertraten vor allem linkssozialdemokratische, reformistische Kreise die These, dort, in Frankreich, würde eine echte alternative Krisenpolitik betrieben gegenüber der, wie sie zu jener Zeit bei uns noch von Helmut Schmidt vertreten wurde.

Tatsächlich wurden zunächst auch einige Maßnahmen getroffen, die Spielraum für eine weitere Entwicklung öffneten — die Einführung der 39-Stunden-Woche etwa oder einige Verstaatlichungen. Aber es traf zu, was damals auch der RM schrieb: daß dies allein keineswegs Kennzeichen der so beschworenen „Wende nach links" sei, sondern daß es darauf ankomme, wie die weitere Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses sei, wie sich der Druck der Massen bezüglich der Erfüllung der Wahlversprechen entwickele usw.

### . . . und imperialistischer Außenpolitik

Vor allem in den außenpolitischen Erklärungen (und auch gleich den ersten Aktivitäten) wurde schnell deutlich, daß es sich bei dieser Koalition keineswegs um eine wirkliche Linksregierung handelte.

Die weitere Aufrüstung Frankreichs, die Intervention im Tchad, die Entsendung von Truppen in den Libanon — das waren die Spitzen eines Eisbergs, einer Politik, die sich qualitativ nicht von der eines Giscard unterschied.

Die PCF versuchte stets, diesen Bereich aus der Debatte auszuklammern, möglichst wenig konkret öffentlich sichtbar damit zu tun zu haben. Dennoch blieb und bleibt natürlich die Tatsache, daß sie eine Regierung, die solch eine imperialistische Politik betrieb, mittrug.

Der vorrangige Wunsch, in der Regierung zu bleiben, bestimmte dabei, wie auch in anderen Bereichen, das Handeln der PCF. Dies war der Grund dafür, daß die Partei, obwohl sie immer wieder „Kritik" oder „Nichteinverständnis" beteuerte, immer wieder Kniefälle machte. So in der Polenfrage, wo sie zunächst Jaruzelski lauthals unterstützte — und dies war ihre politische Linie — um dann auf Druck Mitterands sich an der Verurteilung des Verbots von Solidarnosc durch die Regierung zu beteiligen.

Obwohl sie Hunderttausende von Menschen zu Friedensdemonstrationen mobilisierte, hatte die PCF, die seit langem die französische Atomstreitmacht befürwortet, in der Rüstungspolitik keine Probleme, sich der Politik Mitterands in den entscheidenden Fragen anzupassen.

Mit zu jenen, die sich Hoffnungen auf den damaligen Wahlsieg machten, gehörten auch die vielen Arbeiter aus Nordafrika (vor allem), denen mehr Rechte versprochen worden waren. Aber seit langem schon hatten gerade die PCF-Bürgermeister aus der Pariser Umgebung eine nationalistische, teilweise rassistische Politik mitgetragen, so daß niemand da war, der die Sozialistische Partei an ihre anderslautenden Versprechungen erinnern konnte. Und es war auch niemand da, der ernsthaft der zunehmenden rassistischen Hetzpropaganda der Rechten, der Faschisten um Le Pen vor allem etwas entgegenzusetzen hatte oder dies wollte.

### Noch eine Wende

**Außenpolitik und Ausländerpolitik waren also bereits zwei Bereiche, an deren Beispiel sich zeigte, daß die großen Hoffnungen vergeblich waren.**

**Aber auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik kam rasch das Ende der „linken Alternative". Bereits ein Jahr nach dem Regierungsantritt im Juni '82 wurde im Haushaltsentwurf für '83 deutlich, daß hier erneut eine Wende vollzogen wurde. Es wurde ein „Sparhaushalt" verabschiedet, der zwar von einzelnen PCF-Abgeordneten als „Geschenk an die Unternehmer" kritisiert wurde, ansonsten aber von der PCF mitgetragen wurde.**

Ende '82 kam es dabei zu größeren Auseinandersetzungen, als mit dem Lohnstopp, der Steigerung der Sozialabgaben und Kürzungen im Gesundheitswesen deutlich wurde, daß der Kurs Mitterands sich nun wahrlich nicht mehr von dem beispielsweise der damaligen SPD/FDP-Bundesregierung unterschied, zumindest, was seine grundsätzlichen Entscheidungen betrifft. Die große Mitterandsche Parole von der „Modernisierung des Landes" brachte im Laufe des Jahres 1983 eine weitere Zuspitzung der Lage, die Arbeitslosigkeit wuchs weiter an.



**KPF-Chef Marchais nach der Bekanntgabe des Rücktritts . . .**

Große Rationalisierungspläne in den „klassischen" Industriezweigen auf der einen Seite führten dann vor allem im Frühjahr '84 zu einer ganzen Welle von Streiks, denen sich auch die Führung der größten Gewerkschaft, der CGT, nicht mehr widersetzen konnte, wollte sie mit ihrem regierungstreuen Kurs nicht noch mehr Mitglieder verlieren (bis auf eine Million war ihre Mitgliedschaft bereits abgesunken).

Die technokratische Schulreform als weitere wichtige politische Maßnahme war einerseits nicht geeignet, fortschrittliche Menschen zu mobilisieren, die sich nichts Gutes davon versprechen konnten, andererseits aber sehr wohl geeignet, daß die Reaktion große Massen für die Verteidigung der katholischen Privatschulen mobilisieren konnte. Die Entwicklung seit den Kommunalwahlen im März '83, die mit dem Verlust von 31 der 151 großen französischen Städte (über 30000 Einwohner), die die beiden großen Regierungsparteien verwalteten, endeten und für die PCF mit zahlreichen Wahlanfechtungen einen zusätzlichen großen Vertrauensverlust brachten, bis zur Europawahl am 17. Juni, die mit einer schweren Wahlniederlage beider Parteien, vor allem aber der PCF, endete, war dann ein ständiges Hin und Her zwischen Auseinandersetzung und Zusammenarbeit. Bereits als Georges Marchais sich am 13. April an der Pariser Demonstration der Stahlarbeiter beteiligte, wurde über einen Austritt der PCF aus der Regierung spekuliert, nach der Europawahl war es nur noch eine Frage der Zeit.

Die zentrale These von Marchais, die PCF müßte zeigen, daß sie regierungsfähig sei, dann werde sie ihren Einfluß ausbauen können — dies wurde auf geradezu niederschmetternde Weise widerlegt.

### Taktiererei statt Politik

Das ist in der Tat der Haupteindruck, den die Regierungszeit der PCF hinterläßt. Noch längst nach der Verabschiedung des ersten Sparhaushalts zog das ZK der PCF „eine ausgesprochen positive Bilanz" der Regierungsarbeit. Vier kommunistische Minister, von denen mindestens drei (das Politbüro-Mitglied Charles Fiterman vor allem aber auch Le Pors und Rigout) ständig die gute Regierungsarbeit beschworen, während die Parteiverlautbarungen zunehmend kritischer wurden — der Eindruck dieses offensichtlichen Widerspruchs hat der PCF einen weiteren Verlust an Ansehen gebracht.

Und in der Tat — von bloßer kurzfristiger Taktik geprägt war das ganze Verhalten der PCF in diesen drei Jahren und auch schon bei den Entscheidungen vor der Wahl.

1977 hatte man die Union mit der Sozialistischen Partei aufgekündigt — ebenso überraschend vor der 81er Wahl wieder erneuert. Mitterands Angebot, die PCF in die Regierung aufzunehmen, hatte man akzeptiert, obwohl die Partei in einer Lage war, da die Sozialistische Partei alleine die absolute Mehrheit hatte, also schon von daher in Gefahr war, ein bloßes Anhängsel der Partei Mitterands zu werden. Das Abkommen vom Juni '81 war denn auch hautsächlich von der Programmatik der PSF geprägt, war in vielen Punkten wohlklingend und — vage. Und das Gewicht, darauf zu drängen, daß diese Versprechungen auch eingehalten wurden, war von vorneherein nicht da — der Willen offensichtlich auch nicht.

Immer deutlicher wurden zudem im Verlauf dieser Jahre die parteiinternen Machtkämpfe, die weit über bloße politische Auseinandersetzungen hinausgingen. Schon um das Jahr '81 herum wurde eine große Parteisäuberung organisiert, die sich vor allem gegen jene Kräfte in der PCF wandte, die für eine noch weitergehende Sozialdemokratisierung der Partei eintraten. (Dazu gehörte der damals ausgeschlossene Pariser Parteichef Fiszbin). Eine Richtung, die im Prinzip auch von Charles Fiterman geteilt wurde, wie seine eigene Regierungstätigkeit zeigte. Mit dem wachsenden Verlust der PCF an Anhang auch in der Arbeiterschaft (so hatten nach verschiedenen Wahlanalysen 1981 erstmals die Mehrheit der CGT-Mitglieder nicht die PCF sondern die PSF gewählt) wuchs die Auseinandersetzung innerhalb der PCF. Eine Auseinandersetzung, die sich keineswegs um zentrale politische Fragen drehte, sondern nahezu ausschließlich darüber geführt wurde, ob die Regierungsbeteiligung den Interessen der Partei schade oder nutze — wobei die Antwort immer eindeutiger wurde.

In den letzten Tagen wurde von verschiedenen Seiten innerhalb der PCF öffentlich gefordert, auf dem kommenden 24. Parteitag Anfang nächsten Jahres auch die Position von Georges Marchais als Sekretär der Partei zu diskutieren. Ob dies stattfinden wird, ob es gar ein Scherbengericht über die besonders exponierten Teile der bisherigen Parteiführung geben wird — das kann man zwar so nicht voraussagen, denn es wäre zum größten Teil Spekulation, auszuschließen aber ist bei einer solchen Partei gar nichts.

Denn es ist eine Partei, die sich in weiten Teilen ihrer Programmatik mit ihrem „französischen Sozialismus" qualitativ nicht mehr von der PSF unterscheidet. Denn sie hat ja nicht nur die Herrschaft der Arbeiterklasse aus ihren Zielen gestrichen, längst hat sie schon ihren Frieden mit dem französischen Imperialismus gemacht, wie es in der Außen- und Rüstungspolitik besonders deutlich wird. Wesentlichster Angriffspunkt der Rechten war ja denn auch immer die Unterstützung der PCF für den Kurs Moskaus (nachdem die „Euro-Taktik" relativ rasch wieder weitgehend fallengelassen wurde).

Die hinter dieser blinden Taktiererei stehende Strategie der Anpassung an die Forderungen der französischen Bourgeoisie, die Beschwörung, man sei verfassungstreu — was in der Tat zutraf — hat für die Führung der PCF mit einer schweren Enttäuschung geendet, mit einem Scheitern der Partei an ihrem eigenen Vorgehen. Wenn jetzt angeblich linkere Teile der PCF behaupten, man hätte die Beteiligung an dieser Regierung nur deshalb unternommen, um den Weg für weitere positive gesellschaftliche Entwicklungen zu bahnen, so wird dies als Schutzbehauptung entlarvt, wenn man sich die praktischen politischen Maßnahmen dieser Regierung betrachtet.

## Aus „La Forge", Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF)

# Über die Demonstration des 24. Juni für die Privatschulen

**Im folgenden geben wir Auszüge aus einem längeren Artikel des Zentralorgans unserer französischen Bruderpartei wieder, der sich mit der großen Demonstration des 24. Juni befaßt, die sich gegen das „Projet Savary" (Gesetzentwurf des Kultusministers für die Schulreform) wendete. (Dieser Artikel erschien in der Nummer 117 vom 1. Juli 1984 von „La Forge").**

Am 24. Juni marschierten in Paris über eine Million Menschen, die aus allen französischen Provinzen kamen, um gegen das „projet Savary" zu demonstrieren, für die Verteidigung der „freien" Schule.

Aber diese „freie" Schule, ist sie wirklich in Gefahr? (...) Heute ist man weit von den Absichten des Anfangs entfernt, als Mitterand sagte, er wolle „ein großes, einheitliches und laizistisches Schulwesen".

Nach Konzessionen um Konzessionen führte das „projet Savary" schließlich zur unbegrenzten Garantie der finanziellen Unterstützung des Privatschulwesens durch den Staat (20 Milliarden Francs für 1984). Dies ging so weit, daß die „Permanente Kommission des katholischen Unterrichtswesens", die die Demonstration organisiert hatte, beabsichtigte, ihren Aufruf zurückzuziehen. Erst die im letzten Augenblick noch an die „Laizisten" gemachten Zugeständnisse, die bloße Draufgaben waren und keineswegs im Widerspruch zur versprochenen „Zweigleisigkeit" des Unterrichtswesens standen, führten zur Aufrechterhaltung des Demonstratinsaufrufs. Dies um so mehr, als die Parteien der Rechten mit großem Propagandaaufwand darauf bestanden, eine Truppenschau zu halten.

Warum sind aber dann Hunderttausende von Menschen gekommen, um gegen einen Gesetzesentwurf zu protestieren, der der Privatschule so positiv gegenübersteht?

In erster Linie doch wohl deshalb, weil die Mehrheit die Bestimmungen des Entwurfs gar nicht genau kannte, sondern überzeugt war, er bedeute das Ende der Privatschulen. Was sie zu verteidigen kamen, war vor allem die Freiheit, die gewünschte Erziehung für ihre Kinder haben zu können, eine Erziehung, die auf bestimmten moralischen Werten basiert, die von der Kirche mit Beschlag belegt werden, die die laizistischen Schulen so nicht erfüllen können, da sie ja per Definition nichtkonfessionell sind. Eine Mobilisierung also, die mehr ideologischer als politischer Natur war, die sich aber auch auf eine Wirklichkeit stützt, in der viele Eltern glauben, daß eine Privatschule die einzige Möglickeit ist, daß ihre Kinder eine gute Erziehung bekommen. Gegenüber der Degradierung der öffentlichen Schulen, dem Mangel an Lehrern und Schulen, den überbelegten Klassen, stellt die Privatschule für sie eine Versicherung für die Zukunft ihrer Kinder jenseits der Auseinandersetzung Linke/Rechte dar. Um so mehr, da es deutlicher wird, daß die Linksregierung entgegen ihren Versprechungen nichts tut, um den öffentlichen Schulen die so dringend benötigten Mittel zukommen zu lassen, sondern im Gegenteil weiterhin die Ausgaben in diesem Bereich kürzt.

(...)

In solch einer Situation voller Verwirrung und Widersprüche auf der Rechten wie auf der Linken dürfen wir nicht zur falschen Frontstellung „privat gegen laizistisch" zurückkehren. Gegenüber den Manövern der Rechten, die ein Geheul anstimmt, obwohl sie weiß, daß die Privatschulen nicht wirklich in Gefahr sind, gegeüber denen der Linken, die sich als Erbe des Laizismus aufspielt, während sie weiterhin die Privatschulen finanziert und die öffentlichen Schulen verarmen läßt, ist die einzige Antwort, die man den Demonstranten des 24. Juni geben kann, die Forderung nach wirklichen Mitteln für die öffentlichen Schulen, für eine öffentliche Schule, die in der Lage ist, unseren Kindern eine solide und qualifizierte Ausbildung zu geben.

## Über 20 Wochen im Streik

# Britische Kumpel geben nicht auf

### Thatcher-Regierung verschärft die „Gangart"

**Der Kampf der britischen Bergarbeiter gegen das Zechenstillegungsprogramm der Regierung dauert jetzt schon über fünf Monate. Mit unverminderter Entschlossenheit, keine Opfer scheuend treten die Kumpel für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze ein und widerstehen der reaktionären Thatcher-Regierung, die mit ihrer harten Haltung nicht nur ihr Programm durchziehen, sondern auch die Bergarbeitergewerkschaft NUM auf die Knie zwingen will.**



Polizei gegen Kumpel

Ian McGregor, Chef der staatlichen Kohlebehörde — als „Jobkiller" verschrien — soll das Regierungsprogramm durchziehen. Sein Auftrag: massive Zechenstillegungen und neue Gewichtung der nationalen britischen Energieversorgung auf Atomstrom, Nordseeöl und Importkohle. McGregor, der sich seine „Lorbeeren" als Krisenmanager in der Stahlindustrie verdiente, wo er innerhalb von drei Jahren 80000 Arbeitsplätze vernichtete (ein echter Arbeitnehmer!) zeigte sich bei Verhandlungsterminen im vergangenen Monat kompromißlos: „Die Kohlebehörde hat nichts mehr anzubieten", sagte NUM-Vorsitzender Scargill, der die Bergarbeitergewerkschaft gegen die geplanten 20 Zechenstillegungen anführt. Scargill weiß auch, daß es in diesem Arbeitskampf nicht nur um die Arbeitsplätze geht, vor allem für die Thatcher-Regierung geht es um mehr. Zum einen will sie die kämpferische Bergarbeitergewerkschaft NUM treffen, vor allem aber ihre arbeiterfeindliche Gewerkschaftsgesetzgebung durchsetzen. Die wird in diesem Arbeitskampf aber schon laufend durchbrochen, von den Kumpel einfach nicht anerkannt. Ein Kumpel sagte es einem Reporter so: *„Wir müssen das Gesetz brechen, damit das Gesetz uns und unsere Gewerkschaft nicht zerbricht."* Gemeint ist damit vor allem, das Verbot, Streikposten zu stehen, wenn man nicht in dem bestreikten Betrieb beschäftigt ist. Dieses Verbot, das die Kumpel laufend durchbrechen, ist immer wieder Anlaß zu spektakulären Polizeieinsätzen. Die größten Polizeieinsätze der britischen Nachkriegsgeschichte wurden deshalb durchgeführt. Mindestens zwei Tote, hundert Verhaftungen, viele Verletzte gab es, weil die Kumpel sich solidarisch zeigen, wenn es um Blockaden, um den Einsatz gegen Streikbrecher geht.

Bisher waren diese Polizeieinsätze nicht in der Lage, die Streikfront zu brechen. Weiträumige Verkehrsabsperrungen, die Sammlungen der Daten kämpferischer Bergarbeiter in dem Zentralcomputer von Scotland Yard, die Androhung harter Strafen haben nichts genutzt. Im Gegenteil, der Staat wird damit nicht fertig. Ein dringender Antrag von 140 konservativen Abgeordneten des Londoner Unterhauses beweist das. Dieser Antrag, so meldet die bürgerliche Presse, „drückt die ernste Besorgnis aus, daß kriminelle Vergehen, die im Verlaufe des Arbeitskampfes an der Streikfront registriert wurden, von den Gerichten nicht schnell genug geahndet werden können. Von 4727 Fällen sei es erst in 656 zu Verhandlungen gekommen". Die fast täglich der Presse zu entnehmenden scharfen Auseinandersetzungen werden die Zahlen derartiger Gesetzesübertretungen weiterhin anschwellen lassen. Erst in der vergangenen Woche haben vor einer schottischen Zeche wieder militante Auseinandersetzungen stattgefunden. Von 500 Gewerkschaftsmitgliedern verhaftete die Polizei mehr als 40, die jetzt auch Gerichtsverfahren zu erwarten haben.

Ein anderer Punkt der Gewerkschaftsgesetzgebung ist das Verbot von Sympathiestreiks. Auch das wurde schon mehrmals durchbrochen. Erinnert sei hier nur an die Aktionen von Druckern und Setzern Londoner Zeitungen, die Hetzartikel gegen die streikenden Kumpel nicht erscheinen ließen. Auch die Aktion der Hafenarbeiter im vergangenen Monat war nicht zuletzt ein Sympathiestreik für die Kumpel. Ein kleiner Anlaß — in einem nordenglischen Provinzhafen hatte die staatliche Firma British Steel unorganisierte Arbeiter mit dem Entladen von Erzfrachtern beschäftigt, was ein klarer Verstoß gegen ein Arbeitsschutz-Abkommen von 1974 war, genügte, um die ganze britische Wirtschaft ins Schlingern zu bringen. Die wichtigen — für den Handel mit der EG umsatzstärksten Häfen Felixstowe und Dover wurden bestreikt. In 90 größeren Häfen wurde die Arbeit niedergelegt, kilometerlange LKW-Schlangen in Frankreich und England waren die Folge. Die Hafenarbeitergewerkschaft erreichte eine schriftliche Zusicherung, daß künftig nicht mehr nichtgewerkschaftlich organisierte Arbeiter mit dem Entladen von Schiffen beschäftigt werden, und beendete die Blockade der Häfen. Aber selbst aus offiziellen Gewerkschaftskreisen wurde deutlich gesagt, daß diese Aktion nicht zuletzt auch eine Solidaritätsaktion für die Bergarbeiter war, ein Warnschuß gegen die Regierung.

Unterdessen geht der Kampf der Kumpel weiter. Für westdeutsche Gepflogenheiten unvorstellbar, die Opfer, die die Streikenden bringen. Ohne Streikgelder, von ständig gekürzter Sozialhilfe lebend, halten sie durch. Der RM berichtete schon von den Maßnahmen der Regierung, das Essen aus gewerkschaftlichen Suppenküchen, wo viele Streikende und ihre Familien sich verpflegen, seitens der Behörden als „regelmäßiges Einkommen" anzusehen und von den eh schon mageren Sozialhilfesätzen abzuziehen. Und dennoch halten sie durch. Tonnenweise schicken Solidaritätskomitees aus anderen Regionen Lebensmittel in die Streikgebiete, die Kollegen, Freunde, Nachbarn, vor allem auch die Bergarbeiterfrauen, die große Lasten ertragen müssen, stärken die Streikfront. Am 10. August findet ein Kongreß der Bergarbeitergewerkschaft statt, bis dahin halten die Kumpel sicherlich durch. *„Wir arbeiten zwar im Dreck, aber wir lassen uns nicht wie der letzte Dreck behandeln"*, dieses Zitat gibt gut die Stimmung wieder. Die Regierung Thatcher schlägt jetzt immer härtere Töne an. Die Premierministerin vergleicht den Arbeitskampf schon mit dem Falkland-Krieg. *„Damals wehrten wir uns gegen äußere Feinde. Nun müssen wir die Feinde im Inneren bekämpfen."* Daß auch kriegsmäßige Mittel dabei nicht ausgeschlossen sind, beweisen Debatten in Regierungskreisen. Ernsthaft wird überlegt, den „Nationalen Notstand" auszurufen und die Armee gegen die Streikfront „ins Feld" zu schicken.

## Meldungen

**Israel**

### Nach den Wahlen

Langwierige Koalitionsverhandlungen werden nach den Wahlen zur Knesset, dem israelischen Parlament, erwartet. Wenn auch die sogenannte Arbeiterpartei von S. Peres Stimmen gewonnen hat, so ist insgesamt jedoch die Rechte in der Knesset gestärkt worden. Unabhängig von der Frage, ob es eine große Koalition der Arbeiterpartei mit dem Likud-Block geben wird, oder ob Likud auf die Unterstützung durch klerikale und rechtsradikale Splittergruppen baut, ist festzustellen, daß innerhalb der Knesset eine starke Mehrheit für die Fortsetzung der verbrecherischen Expansionspolitik des Zionismus besteht. Beispiele dafür sind der Einzug des fanatischen Rabbi Meir Kahane ins Parlament, der Stimmenzuwachs der Techiya-Partei oder auch die Wahl zweier Kandidaten der „Neuen Morasha" (Liste der Gush Emunim). Alle diese politischen Kräfte, auch der als gemäßigt geltende Peres haben die Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten auf ihr Programm geschrieben. Die wenigen echten Oppositionellen im Parlament, die „Friedensliste" bekam zwei, die „Front für Demokratie und Fortschritt" vier Abgeordnete, haben mit fünf Prozent keinerlei echte Chancen.

**Chile**

### Straßenkämpfe in Santiago

In der chilenischen Hauptstadt Santiago sind in der vergangenen Woche nach einem Aufruf zu einem Protesttag in den Armenvierteln heftige Straßenkämpfe entbrannt. Im Armenviertel Pudahuel, wo rund 400000 Menschen unter extrem schlechten Bedingungen leben, gingen Einheiten der Polizei mit Tränengas und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor, die Barrikaden errichtet hatten und Autoreifen entzündet hatten. Ein 19jähriger Demonstrant erlitt Schußverletzungen, insgesamt wurden mindestens sieben Menschen verletzt.

**Peru**

### Massenverhaftungen

Mit großangelegten Razzien und Massenverhaftungen geht die Staatsgewalt gegen linke Opposition und zunehmend auch gegen die Gewerkschaften vor. Der Vorwand der Polizeiaktionen sind immer wieder die verstärkten bewaffneten Aktivitäten der Organisation „Sendero Luminoso", aber unterdrückt wird die gesamte Linke. Über 24000 Menschen sind in der letzten Zeit festgenommen worden, davon allein 12000 in der Hauptstadt Lima. Konkreter Anlaß der Massenverhaftungen sind angekündigte Demonstrationen zum Nationalfeiertag am 28. Juli. In den ländlichen Gebieten, wo die Guerillas des 1980 entstandenen „Sendero Luminoso" operieren, ist jetzt ein Ponchoverbot erlassen worden. Das Verbot der traditionellen Oberbekleidung der Indios wurde von den Militärs damit begründet, daß Guerillos unter dem weiten Überwurf Waffen und Sprengstoff verbergen. Wer in der Zeit zwischen 6.00 Uhr und 19.00 Uhr mit einem Poncho angetroffen werde, werde festgenommen und als Verdächtiger behandelt, heißt es in der Anordnung. Bereits unter der spanischen Kolonialmacht war den Indianern per Dekret verboten worden, ihre traditionelle Kleidung zu tragen.

**Namibia**

### Gespräche gescheitert

Nach dem Scheitern der erstmalig durchgeführten Gespräche zwischen der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO und der Regierung Südafrika hat Pretorias Premierminister Botha „neue Eskalation der Spannungen" nicht ausgeschlossen. Südafrika hatte der SWAPO einen Waffenstillstand angeboten, den die Befreiungsfront aber nicht akzeptieren konnte. Sie besteht darauf, daß ein solcher Waffenstillstand von den Vereinten Nationen überwacht werden müsse, was die südafrikanische Rassistenregierung genauso ablehnt, wie die Verwirklichung der UNO-Resolution 435.

Südafrika stellt Bedingungen an Angola, bevor die UNO-Resolution verwirklicht werden könnte, die vorsieht, daß Südafrikas Truppen aus Namibia abziehen, daß eine Streitmacht der UNO geschaffen wird und eine verfassungsgebende Versammlung gewählt wird. Die SWAPO und Angola stehen zu Recht auf dem Standpunkt, daß die Forderung nach Abzug von kubanischen Soldaten aus Angola nichts mit dem Problem der Unabhängigkeit Namibias zu tun habe.

## Amnestie mit Auflagen

**WARSCHAU. — Bei der Festsitzung des Sejms, des polnischen Parlaments aus Anlaß des 40. Jahrestags der Gründung der Volksrepublik Polen hat der Ministerpräsident General Jaruzelski eine Amnestie verkündet, die für rund 35000 Strafgefangene und 652 politische Häftlinge gilt. Für die politischen Gefangenen ist die Freilassung mit der Auflage verbunden, sich zukünftig nicht mehr politisch oppositionell zu betätigen. „Eine Rückkehr zur Anarchie wird es nicht geben", drohte der General am 22. Juli. Mit „Anarchie" bezeichnet er die Zeit der machtvollen Massenkämpfe gegen die verrottete polnische Führungsclique, die die meisten Führer der Oppositionsbewegung während des Kriegsrechts in Polen einfach einlochte.**

Sicherlich ist die Amnestie in Polen auch ein Erfolg für die anhaltende Solidarität vieler Menschen mit den Aktivisten der Oppositionsbewegung. Die Auflagen aber machen die Entlassenen auch skeptisch. Auf die Frage, ob die Amnestie, wie offiziell verkündet, zur Versöhnung zwischen Regierung und dem Volk beitragen könnte, meinte einer der Entlassenen, der 49jährige Andrzej Gwiazda, früher ein Führer der Gewerkschaft „Solidarność": „Eine Übereinkunft könnte durch Gespräche erreicht werden. Wie kann man aber reden, wenn einer Seite der Mund geknebelt ist." Weiter meinte Gwiazda, die Regierung habe die Amnestie verfügt, „um einige Dollars zu bekommen", und spielte damit auf die dauernden Forderungen der US-Regierung an, die wirtschaftliche Sanktionen jetzt aufheben will. Nach Gwiazda, der immer ein radikaler Kritiker des Kurses von Walesa innerhalb der Führung der Solidarność war, ist diese „Versöhnungsgeste" Amnestie weder an die verbotene Gewerkschaft noch an die Gesellschaft gerichtet.

Unklar ist bis heute auch noch, wie weit die politischen Gefangenen, die in diesem Monat nach und nach aus dem Gefängnis entlassen werden, ihre alten Arbeits- und Studienplätze wieder einnehmen können. Obwohl mit der Amnestie eine der wichtigsten Forderungen der polnischen Opposition erfüllt ist, sieht sich diese Opposition weiterhin schärfster Überwachung und Verfolgung ausgesetzt. Schon bei der Begrüßung der Entlassenen kam es zu Ausweiskontrollen und Verhaftungen.

Mit dieser Amnestie ist auch ein politischer Prozeß in Warschau beendet, bei dem ein Warschauer Militärgericht vier Mitgliedern des KOR, des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter", die als Berater der Solidarność gewirkt hatten, vorgeworfen wurde, ein „Komplott gegen den Staat" angezettelt zu haben. Für die vier Angeklagten, Jacek Kuron, Adam Michnik, Zbigniew Romaszewski und Henryk Wujec gab es eine breite Solidaritätsbewegung in Polen, al als einen Prozeßbeobachter ihres Vertrauens konnten die Angeklagten unter anderem Marek Edelmann gewinnen, einen der letzten überlebenden Führer des Aufstands im Warschauer Ghetto.

Für die vier gilt die Amnestie jetzt ebenso wie für Bogdan Bujak, den Bruder des weiterhin im Untergrund lebenden Solidarność-Führers Zbigniew Bujak, der als der meistgesuchte Mann in Polen gilt. Bogdan Bujak war kürzlich zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am 16. Dezember vergangenen Jahres nach einem Gottesdienst zur Erinnerung an die Unruhen in den polnischen Häfen von 1970 an einer spontanen Demonstration von etwa 1000 Menschen für die verbotene Gewerkschaft Solidarność teilgenommen hatte.

## HÖRT RADIO TIRANA

| UHRZEIT | 1. Programm | WELLENLÄNGE |
|---|---|---|
| 13.00-13.30 | 9375 kHz | 31 Meterband KW |
| | 7310 | 41 Meterband KW |
| 14.30-15.00 | 9375 | 31 Meterband KW |
| | 7310 | 41 Meterband KW |
| 16.00-16.30 | 9375 | 31 Meterband KW |
| | 7310 | 41 Meterband KW |
| 18.00-18.30 | 9375 | 31 Meterband KW |
| | 7310 | 41 Meterband KW |
| 19.00-19.30 | 7310 | 41 Meterband KW |
| | 9375 | 31 Meterband KW |
| | 1395 | 215m MW |
| | 2. Programm | |
| 21.30-22.00 | 7310 | 41 Meterband KW |
| | 5985 | 49 Meterband KW |
| | 1458 | 206m MW |
| 23.00-23.30 | 7310 | 41 Meterband KW |
| | 5985 | 49 Meterband KW |
| | 1458 | 206m MW |
| 6.00-6.30 | 7310 | 41 Meterband KW |
| | 9375 | 31 Meterband KW |
| | 1395 | 215m MW |



**Während der Sommerpause des RM, am 19. Juli jährte sich um 5. Mal der Tag der Befreiung Nicaraguas von der US-abhängigen Somoza-Diktatur. Anlaß nicht nur an die Erfolge beim Aufbau des neuen, des freien Landes „Nicaragua libre" zu erinnern, an die erfolgreiche Alphabetisierungskampagne, die Verstaatlichung wichtiger Industriezweige, die fortgeschrittene Landreform, sondern auch an das, was besiegt wurde, die korrupte Diktatur des Somoza-Clans. Wir tun dies mit zwei Fabeln des nicaraguanischen Schriftstellers Sergio Ramirez, der heute ein führendes Mitglied der Junta des Nationalen Wiederaufbaus ist, und Kandidat der Frente Sandinista de Liberacion Nacional (FSLN) für den Posten des stellvertretenden Präsidenten bei den Wahlen, die für den 4. November angesetzt sind. Ramirez beschreibt bitter ironisch die Somoza-Diktatur.**

**Der Rote Morgen erwartet noch einen Augenzeugenbericht aus Managua, von den Feierlichkeiten zum Jubiläum der Revolution, mit Eindrücken von der Lage und der Stimmung im Lande. Wir hoffen, diesen Bericht in einer der nächsten Ausgaben veröffentlichen zu können. Für diese Ausgabe beschränken wir uns auf einige Informationen zu den innenpolitischen Auseinandersetzungen über die bevorstehenden Wahlen.**

### 19. Juli — 5. Jahrestag der Revolution

# NICARAGUA LIBRE!

## Die rechte Opposition will die Wahlen boykottieren

Im Februar, am 50. Todestag des ermordeten nicaraguanischen Nationalhelden Sandino hatte die Regierung Nicaraguas für Anfang November Wahlen angekündigt. Die Wahl eines Präsidenten und der verfassungsgebenden Versammlung war einerseits schon lange auch von der FSLN versprochen, von breiten Teilen der nationalen und internationalen Gegnerschaft der Revolutionsregierung immer wieder gefordert worden. Am 19. Juli nun bestätigte die Regierung und die Führung der FSLN den Wahltermin und benannte als ihren Kandidaten den Commandante der Revolution und jetzigen Koordinator der Junta des Nationalen Wiederaufbaus Daniel Ortega.

Die Opposition, die einerseits mit Hilfe der USA und besonders des CIA einen blutigen Krieg gegen das freie Nicaragua führt, auf der anderen Seite aber einen „legalen" Arm durch verschiedenste Parteien, den Unternehmerverband und andere reaktionäre Vereinigungen hat, ging aber ganz offen auf Konfrontationskurs. Immer neue Bedingungen für ihre Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen wurden aufgestellt. Vor allem die Forderung nach einem Dialog, nach Gesprächen und Verhandlungen mit den Contras, den bewaffneten Terrorbanden der somozistischen Opposition wurde in den Mittelpunkt gestellt. Daniel Ortega hat am 19. Juli, andere Führer der FSLN in den Tagen danach dieses Ansinnen zu Recht kategorisch abgelehnt. Weiterhin kritisiert die Opposition die Aufrechterhaltung des nationalen Notstands, den die Regierung mit der unverminderten anhaltenden Bedrohung durch die Contras und die USA begründet.

All diese Forderungen der Opposition haben einen doppelten Zweck. Zum einen will man mit dieser Kritik vertuschen, daß diese Opposition — weil in der Wählergunst völlig chancenlos — sich gar nicht zur Wahl stellen will, daß sie einfach kneift. Zum anderen soll das System in Nicaragua diskreditiert werden, vor der internationalen Öffentlichkeit soll der Eindruck entstehen: „Seht, da gibt es keine freien Wahlen". Beweis dafür war der dürftige Auftritt des „Spitzenkandidaten" der Opposition Arturo Cruz, der, nur von wenigen Getreuen in Nicaragua empfangen, seine Erfolgslosigkeit einsah und schon nach wenigen Tagen wieder zu seinen Brötchengebern in die USA zurückfuhr.

Zwar ist die rechte Opposition noch nicht ganz geschlossen für den Boykott der Wahlen, einflußreiche Teile jedoch bauen darauf, mit dieser Maßnahme das System in Nicaragua ins Unrecht zu setzen. Sie unterstützen damit die Scharfmacher aus Washington, die schon offen angekündigt haben, Nicaragua zu einem Hauptwahlkampfthema für Ronald Reagan zu machen, der in der letzten Zeit seine Drohungen und Beschimpfungen gegenüber diesem kleinen mittelamerikanischen Staat extrem verschärfte. Seit dem vergangenen Freitag laufen in Nicaragua selbst die direkten Wahlvorbereitungen. Überall liegen Wählerverzeichnisse aus, in die sich alle Bürger über 16 Jahre eintragen müssen. Dabei kam es wiederholt zu Terrorakten der Contras. Die Banden haben bislang mindestens drei derartiger Wahlbüros überfallen, zwei Menschen ermordet, einen verletzt. Bei den Toten handelt es sich um die Leiter zweier Büros im Osten und Südosten Nicaraguas.

In dieser angespannten innenpolitischen Situation haben sich große Teile der konterrevolutionären Banden zusammengetan, um ihren Krieg gegen das freie Nicaragua besser führen zu können. Dieser Zusammenschluß, schon lange ein Ziel der Berater dieser Gruppen aus den CIA-Büros von Washington zeigt deutlich die anhaltende Bedrohung des Landes durch den Imperialismus. **Hände weg von Nicaragua!**

## Sergio Ramirez
# Von dem, was eine Nation ausmacht



Eines Tages wurde Seine Exzellenz von seinen privaten Geodäten, Buchhaltern und Liegenschaftsverwaltern davon in Kenntnis gesetzt, daß als Ergebnis seiner fortwährenden Transaktionen und Käufe, Ablösungen von Hypotheken, Bereinigung unklarer Rechtsverhältnisse und Zwangsversteigerungen sowie der Auflassung von Brachland, wie sie im Verlauf der Zeit in den Katasterbüchern registriert worden waren, er als legaler Besitzer in friedlicher Nutzung und unangefochtenem Eigentum des gesamten Territoriums des Landes sich befände, welches er mit so weiser Hand regiere und welches, obzwar klein an Ausdehnung, die Vorstellungen und Erwartungen Seiner Exzellenz ausfülle, denn es gibt kein kleines Vaterland, wenn man groß davon denkt.

Seine Exzellenz vertraute die Regulierung dieser neuen Sachlage der ehrenwerten Konstituierenden Nationalversammlung der Republik an, worunter sich weitberühmte Rechtsgelehrte befanden, und das Hohe Haus debattierte über die Angelegenheit in ausgedehnten Sitzungen, die wegen der verschwenderisch festlichen Ansprachen den besten Teil der Bevölkerung anlockten, welcher sich Tag für Tag auf der Empore einfand, ohne daß der Strauß der tugendhaften Frauen und Fräulein der hauptstädtischen Gesellschaft darunter gefehlt hätte.

Die erhabene Versammlung wußte mit Brillanz die Bestrebungen Seiner Exzellenz zu würdigen und verabschiedete ein Dekret, worin sie festlegte, daß, da sich die konsolidierten Besitzungen Seiner Exzellenz einerseits bis an die Küsten, andererseits aber bis an die benachbarten Länder erstreckten, von jetzt an ihre natürlichen Grenzen die oben erwähnten Ozeane und die Landesgrenzen seien, welche durch das „utis possidentis juris" von 1821 vereinbart sind, und ordnete diesen Besitzungen in demselben Dekret die Attribute souveräner Herrschaft zu, wie sie in den internationalen Verträgen vorgesehen sind, nämlich den Luftraum, den Bergbau und die Territorialgewässer, einschließlich des Festlandsockels.

Ob von nun an dieses Territorium Plantage oder Nation zu nennen sei, wurde in dem Dekret offengelassen, weil der niemals überlegenere Rat der patriotischen Gesetzgeber diesen Punkt nicht endgültig entscheiden wollte, in der ausdrücklichen Absicht, daß jede der beiden Bezeichnungen nebeneinander verwendet werden könne.

## Sergio Ramirez
# Vom Anhäufen der Schätze mit Gottes Gunst

Mein lieber Sohn, sagte Seine Exzellenz im Alter, das Zittern meiner Hände hindert mich daran, noch mehr Schätze anzuhäufen, als ich schon habe, und die ich dir zur Gänze vermache; doch merke dir gut, daß kein Vermögen entsteht ohne Ausdauer, daß Reichtum nicht von alleine kommt. Erfindungsgabe, Festigkeit und eine harte Hand, das sind die Schlüssel zum Erfolg. Ich habe reiche Ernte eingefahren, wie du sehen kannst, für einen sorglosen Lebensabend.

Blauer Indigo, Purpur, Kochenille, ungelöschten Kalk, Flußsand, Kaffeekirschen, Baumwollstauden, Goldstaub, gemünztes Silber, blanke Perlen, Seidenumhänge, Brokat, Weihrauch, Myrrhe, Kandiszucker, Waldhonig, gegerbte Felle, Schmiedeeisen, Kronen und Diademe, Eisblöcke, Früchte und Fische, Geschirr für Huftiere, Fleischvieh und wolltragendes Vieh, Papageien, Singvögel und Nachtigallen, Affen und Goldamseln, Heiligenbilder, kostbare Hölzer, Bälge von wilden Tieren mit geflecktem, glänzendem Fell, Schlangenhäute, eingepökeltes Fleisch, Branntwein, Scherbet und Melasse, Särge und Katafalke, Gitter für Portale und Fenster, Schweineherden, Jagdhunde, Blumensamen, Devotionalien, Lilienzwiebeln, Mosaik, Glas, Dachziegel, Betten.

Pflanzungen von Kakao und Bananen, von Brasilholz, von Kautschuk, von Hirse; von Weizen, von Virginiatabak, von Maragojipekaffee, von Zuckerrohr, von Gemüse; Wälder von Tannen, Zedern, Eichen, Pappeln, Mahagoni, von Guayaquil- und Chilematebäumen, Weiden und Gehege, Bewässerungsgräben, Flüsse, Seen und Lagunen, Badeteiche, Gärten und Wiesen, Täler, Hügel, Küsten, Buchten, Reeden; Bergwerke, Salpeter- und Kalkgruben, Molkereien, Pachthöfe, Elendsquartiere, Bordelle; Spielhöllen, Wirtshäuser, Bauplätze, Tabakläden, Schnapsbuden, Grundstücke.

Mein ist das Wasser und die Seife, mein sind die Anlagen und die Plätze, die Ackergeräte, die Musikinstrumente und die Lotterie, das Leichenbestattungswesen, Kohle, Alaun, Rasiermesser und die Dochte aus Werg; Grabstichel, Stemmeisen, Senkblei, Schmieden, Blasbälge und Ambosse; die Steinbrüche, die Hochöfen, die Eisenhütten, die Mühlen und die Wehre, die Zugbrücken und die Bäche, die Spinnereien, Bäckereien, Seilereien, Brauereien und Kantinen.

Ich bin Herr und Gebieter über Fleischereien, Schlachthäuser und Schweineställe, über die Landstraßen, über die Feldwege, über die Ufer, über jeden Engpaß, über jede Schneise, über die Wege, über die Grate, die Sumpfböden, die Kletterstiege, über Wasserfälle, Kare, Hänge, Abgründe, Wälder und Meeresklippen, über die Berge, die Vogelnester und die Höhlen, über Spinnrad und Faden, über Zaubertränke und die öffentliche Uhr, über die Glocken, über alles, was auf Rädern sich bewegt, über jedes Zugtier und über jedes Lasttier, über jedes Tier mit Geweih, Klaue, Fell oder Huf.

Über Ketten, über Handschellen, über Gitter, über die Fußblöcke, über Stricke, Schnüre, Fesseln, über Messer, Degen, Stöcke, Eisen, Schandpfähle, elektrisch geladene Drähte, Stacheldraht, Scheinwerfer, über Maulkörbe, Türschlösser, Hauptschlüssel, Gruben, Panzerfäuste, Morgensterne, Eisen, Zangen, Schermesser, Dolche, Bajonette, Bomben, Kanonen, Gewehre, Maschinenpistolen, Granatwerfer, Panzer, Panzerwagen, Flugzeuge, Handgranaten, Gas und die gesamte Munition.

Denn Schätze sammelt, wer sich des Himmels Gunst erfreut.



## Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692

**4800 Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

**4630 Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Bever, Josefinenstr. 110.

**2800 Bremen (Walle)**, Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

**4600 Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 18 Uhr

**4100 Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

**4000 Düsseldorf (Eller)**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

**2000 Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margaretenstr. 58, Tel.: (040) 4300708, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

**3000 Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Deisterkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

**7100 Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

**2300 Kiel 1**, Bücherbörse Karola Finzelt, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

**5000 Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

**5090 Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

**6700 Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 188, Tel.: (0621) 523966.

**7000 Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

**Sektion Westberlin**, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.